

MARTIN BOROWSKI

Die Glaubens- und
Gewissensfreiheit
des Grundgesetzes

Jus Publicum

144

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 144



Martin Borowski

Die Glaubens- und
Gewissensfreiheit
des Grundgesetzes

Mohr Siebeck

Martin Borowski, geboren 1966; 1985–1991 Studium der Rechtswissenschaft in Kiel; 1991–1993 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Robert Alexy, Universität Kiel; 1993–1995 Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes; 1995–1997 Referendariat am Oberlandesgericht Schleswig; 1997 Promotion; 1998–2004 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel; 2004 Habilitation, Lehrbefugnis für die Fächer Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsphilosophie.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

978-3-16-158039-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148565-3

ISBN-13 978-3-16-148565-7

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Satzpunkt Ewert in Bayreuth aus der Garamond gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

*Für Annekathrin, Alexander
und Leonard*

Vorwort

Diese Untersuchung hat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Wintersemester 2003/2004 als Habilitationsschrift vorgelegen. Mein herzlicher Dank gilt meinem akademischen Lehrer Professor Dr. Robert Alexy, der die Entstehung der Arbeit gefördert und begleitet hat. Herrn Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig und Herrn Professor Dr. theol. Reiner Preul bin ich für Ihre freundliche Mitwirkung am Habilitationsverfahren sehr verbunden. Dank gebührt weiter dem Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort für einen Druckkostenzuschuß. Herzlich danke ich auch meiner Frau für vielfältige Unterstützungen.

Kiel, im Herbst 2005

Martin Borowski

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
----------------------	---

1. Teil

Grundlagen

1. Kapitel: Die historische Entwicklung der Glaubens- und Gewissens- freiheit	8
2. Kapitel: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grund- und Menschenrecht	84
3. Kapitel: Grundrechtsdogmatische und -theoretische Grundlagen . . .	178

2. Teil

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes

1. Kapitel: Grundrechtliche Rechte und staatskirchenrechtliche Rechte .	294
2. Kapitel: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Abwehrrecht. . . .	354
3. Kapitel: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundrechtliches Leistungsrecht	607
4. Kapitel: Grundrechtliche Gleichheit im Bereich von Glaube und Gewissen	679
Zusammenfassung	736
Literaturverzeichnis	743
Sachregister.	821

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
I. Der Gegenstand der Untersuchung	1
II. Der Gang der Untersuchung	5

1. Teil

Grundlagen

1. Kapitel

Die historische Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit

I. Die Entwicklung vor 1848	9
1. Die englische Freiheitstradition	10
2. Die nordamerikanischen Rechteerklärungen	11
3. Die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte	15
4. Die Entwicklung in Deutschland	18
a) Der Augsburger Religionsfriede	19
b) Der Westfälische Friede	20
c) Das Preußische Allgemeine Landrecht	23
d) Die Verfassungen der süd- und mitteldeutschen Staaten im Vormärz	25
II. Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1848/49	28
1. Die Entstehung der Verfassung	29
2. Das Scheitern der Verfassung	32
3. Die Grundrechte der Frankfurter Reichsverfassung	33
a) Die Beseitigung der Stände und des Feudalismus	33
b) Der Katalog der Grundrechte	33
c) Die Bindung an die Grundrechte	34
d) Die Durchsetzbarkeit der Grundrechte	35
4. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Frankfurter Reichs- verfassung	36
III. Die Entwicklung zwischen 1848/49 und 1871	37
1. Die Verfassungen Preußens von 1848 und 1850	37
2. Der Norddeutsche Bund	39
IV. Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871	39

V. Die Weimarer Reichsverfassung	40
1. Die Entstehung der Verfassung	41
2. Die Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung	43
a) Der Katalog der Grundrechte	44
b) Die Bindung an die Grundrechte	45
c) Die Durchsetzbarkeit der Grundrechte	46
3. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Weimarer Reichs- verfassung	47
4. Die Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit bis 1933	49
5. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im sogenannten »Dritten Reich«	50
VI. Die Entwicklung nach 1945	52
1. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Verfassungen der untergegangenen »Deutschen Demokratischen Republik«	52
2. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes	55
a) Der Verfassungskonvent Herrenchiemsee	56
b) Der Parlamentarische Rat	57
aa) Die Beratung der Glaubens- und Gewissensfreiheit gem. Art. 4 GG	58
bb) Die Beratung der Inkorporation der staatskirchenrechtlichen Artikel der Weimarer Reichsverfassung	60
VII. Exkurs: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als »Urgrundrecht« und die Rolle des Christentums in der historischen Entwicklung	64
1. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als »Urgrundrecht«	64
a) Die historische Deutung der These vom »Urgrundrecht«	65
b) Die substantielle Deutung der These vom »Urgrundrecht«	66
aa) Der umfassende Anwendungsbereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit	68
bb) Der Verzicht auf staatliche Absolutheitsansprüche	69
cc) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als höchstes Grund- recht	70
2. Die Rolle des Christentums in der historischen Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit	70
a) Die vorreformatorische Kirche	71
b) Die Reformation	74
c) Die nachreformatorische Kirche	77
aa) Die katholische Kirche	78
bb) Die evangelische Kirche	82

2. Kapitel

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grund- und Menschenrecht

I. Menschenrechte und Grundrechte	84
1. Der Begriff des Menschenrechts	85
a) Die Menschenrechte als Rechte	85

b) Moralische Rechte	85
c) Universelle Rechte	87
d) Abstrakte Rechte	88
e) Fundamentale Rechte	89
f) Rechte mit Priorität gegenüber dem Recht	89
aa) Die schwache Priorität gegenüber dem Recht	89
bb) Die starke Priorität gegenüber dem Recht	89
g) Individuelle Rechte	90
2. Der Begriff des Grundrechts	90
a) Die Grundrechte als transformierte Menschenrechte	91
aa) Der formelle Grundrechtsbegriff	91
hb) Der materielle Grundrechtsbegriff	92
aaa) Die Grundrechte als Ergebnis der Transformation von Menschenrechten	92
bbb) Intendierte Transformation von Menschenrechten in Grundrechte	93
ccc) Der schwache objektive Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Grundrechten	94
cc) Die Transformation von Menschenrechten zu Grundrechten	95
dd) Das Gebot der Transformation	96
aaa) Das Argument der Durchsetzung	96
bbb) Das Argument der Erkenntnis	97
ccc) Das Argument der Organisation	97
ee) Transformation in nationale, supranationale oder internationale Grundrechte	97
b) Positivrechtliche Rechte	98
c) Rechte gegen den Staat	99
d) Abstrakte Rechte	99
e) Fundamentale Rechte	99
f) Rechte mit Priorität im Rechtssystem	100
aa) Die Höchststrangigkeit der Grundrechte im Rechtssystem	100
bb) Die umfassende Bindung der Staatsgewalt durch die Grundrechte	100
cc) Die gerichtliche Durchsetzbarkeit der Grundrechte	101
g) Individuelle Rechte	101
h) Klassifizierende und qualifizierende Zusammenhänge	102
3. Grundrechte und Menschenrechte im Grundgesetz	106
a) Die Rechte des Grundgesetzes als vorstaatliche oder bloß staatlich anerkannte Rechte	106
b) Der Begriff des Menschenrechts im Sinne von Art. 1 Abs. 2 GG	108
c) Die Wirkungen des Art. 1 Abs. 2 GG	109
aa) Die positivrechtliche Stiftung des Zusammenhanges von Recht und Moral	110
bb) Keine Begründung oder Inkorporation zusätzlicher Rechte	111
aaa) Das menschenrechtliche Minimum der Grundrechte	111
bbb) Keine Begründung moralischer Rechte	112

ccc)	Keine Inkorporation internationaler Grundrechte in das Grundgesetz	112
cc)	Das Gebot der menschenrechtsfreundlichen Interpretation	112
dd)	Art. 1 Abs. 2 GG und die unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte	113
ee)	Art. 1 Abs. 2 GG als Staatszielbestimmung für die Außenpolitik	114
<i>II. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Menschenrecht</i>		114
1.	Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Element menschenrechtlicher Konzeptionen	114
2.	Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Theorie von John Rawls	117
a)	Das Rahmenwerk von Rawls' Theorie	118
aa)	Der Urzustand	120
bb)	Das Überlegungsgleichgewicht	122
cc)	Der überlappende Konsens	122
dd)	Rawls' Theorie des Völkerrechts	124
b)	Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Rawls'schen Theorie	124
aa)	Die fundamentale Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit bei Rawls	125
bb)	Der Schutzbereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit bei Rawls	127
cc)	Die Schranken der Glaubens- und Gewissensfreiheit bei Rawls	128
aaa)	Einschränkung und Ausgestaltung	128
	(1) Inhalt und Modalitäten	128
	(2) Einschränkung und Selbsteinschränkung	129
	(3) Die Methode der Rechtfertigung von Einschränkungen und Ausgestaltungen	130
bbb)	Die Klasse der Schrankengründe	131
	(1) Die Grundfreiheiten als besonders wichtige Gegenstände	132
	(2) Absolute und relative Priorität der Grundfreiheiten	133
dd)	Ergebnis	134
<i>III. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht</i>		134
1.	Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als internationales Grundrecht	135
a)	Die Charta der Vereinten Nationen	135
b)	Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948	136
c)	Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte	137
d)	Die Europäische Menschenrechtskonvention	138
aa)	Die Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention in der nationalen und supranationalen Rechtsordnung	138
aaa)	Der Rang der Europäischen Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung	139
	(1) Die These vom Verfassungsrang	139
	(2) Die These vom Rang zwischen Verfassung und einfachen Gesetzen	141

(3) Die These vom Gesetzesrang	141
bbb) Die Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention im supranationalen Recht	142
(1) Unmittelbare Verpflichtung der Europäischen Gemein- schaft durch die Europäische Menschenrechtskonvention	142
(2) Mittelbare Wirkung der Europäischen Menschenrechts- konvention auf das supranationale Recht	143
bb) Der Rechtsschutz nach der Europäischen Menschenrechts- konvention	143
cc) Die Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention	144
dd) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Europäischen Menschenrechtskonvention	146
aaa) Der Tatbestand des Art. 9 Abs. 1 EMRK	148
(1) Personeller Schutzbereich	148
(2) Sachlicher Schutzbereich	149
(a) Die innere Seite	149
(b) Die äußere Seite	150
(aa) Die Freiheit des Wechsels von Religion oder Weltanschauung	150
(bb) Die Reichweite der Ausübung von Glaube und Gewissen	150
(cc) Negative Freiheit	152
(dd) Gewissensfreiheit	152
(3) Eingriffsbegriff	153
(4) Leistungsrechtliche Rechte	153
(5) Art. 9 EMRK und die Staatskirche	154
bbb) Die Schranken gem. Art. 9 Abs. 2 EMRK	154
2. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als supranationales Grundrecht	156
a) Art. 6 Abs. 2 EUV	156
aa) Die Grundrechte der Europäischen Menschenrechtskonven- tion	157
bb) Die sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergebenden Grundrechte	158
cc) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als supranationales Grundrecht nach Art. 6 Abs. 2 EUV	159
b) Die speziellen Rechte des Gemeinschaftsrechts	159
c) Die Grundrechtecharta der Europäischen Union	160
aa) Die rechtliche Wirkung der Charta	161
bb) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Grundrechtecharta	162
aaa) Die Präambel	162
bbb) Art. 10 EUGRCh	162
ccc) Art. 14 Abs. 3 EUGRCh	163
ddd) Art. 21 EUGRCh	164
eee) Art. 22 EUGRCh	164
cc) Die Charta als Teil der Verfassung für Europa	164
d) Das supranationale Religionsverfassungsrecht	165

3. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht der deutschen Bundesländer	166
a) Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Verfassungen der deutschen Bundesländer	167
aa) Die landesverfassungsrechtlichen Grundrechtsbestimmungen zur Glaubens- und Gewissensfreiheit	167
aaa) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit entsprechend Art. 4 Abs. 1, 2 GG	168
bbb) Die grundrechtliche Gleichheit im Bereich von Glaube und Weltanschauung	169
bb) Probleme des Verhältnisses von Bundes- und Landesgrundrechten	170
aaa) Die identische Gewährleistung in Bundes- und Landesverfassung	171
bbb) Die grundrechtliche Mindergewährleistung in der Landesverfassung	172
ccc) Die grundrechtliche Mehrgewährleistung in der Landesverfassung	173
b) Das Staatskirchenrecht der Bundesländer	175

3. Kapitel

Grundrechtsdogmatische und -theoretische Grundlagen

<i>I. Die drei Dimensionen der Rechtswissenschaft</i>	178
1. Die analytische Dimension	179
2. Die empirische Dimension	179
3. Die normative Dimension	180
<i>II. Grundrechtsbestimmung und Grundrechtsnorm</i>	181
1. Der semantische Normbegriff	181
2. Geltungsfreier und nicht geltungsfreier Normbegriff	182
<i>III. Das System rechtlicher Grundpositionen</i>	182
1. Das Recht auf etwas	182
2. Die Freiheit	184
a) Die philosophische Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit	184
b) Die grundrechtsdogmatische Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit	186
aa) Positive Handlungen und Unterlassungen als Freiheitshindernis	187
aaa) Positive Handlungen des Staates als Freiheitshindernis	187
bbb) Unterlassungen des Staates als Freiheitshindernis	187
ccc) Positive Handlungen eines Rechtsgenossen als Freiheitshindernis	188
ddd) Unterlassungen eines Rechtsgenossen als Freiheitshindernis	188

eee) Der am Freiheitshindernis orientierte Begriff der negativen Freiheit	188
bb) Positive Handlungen und Unterlassungen als Freiheits- gegenstand	189
c) Terminologie	192
d) Unbewehrte und bewehrte Freiheit	192
3. Die Kompetenz	192
<i>IV. Die Grundrechte als Prinzipien</i>	<i>195</i>
1. Die rechtstheoretische Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	195
a) Die Positionen	195
aa) Die Übereinstimmungsthese	196
bb) Die schwache Trennungsthese	196
cc) Die starke Trennungsthese	197
b) Die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien nach der starken Trennungsthese	197
aa) Das Kollisionsverhalten von Regeln und Prinzipien	198
aaa) Die Regelkollision	198
bbb) Die Prinzipienkollision	198
ccc) Die Regel/Prinzipienkollision	199
bb) Der Festsetzungsgehalt von Regeln und Prinzipien	200
cc) Subsumtion und Abwägung	201
aaa) Die Subsumtion von Regeln mit vollständigem Festsetzungs- gehalt	201
bbb) Die Abwägung als Anwendung von Prinzipien ohne jeden Festsetzungsgehalt	202
ccc) Subsumtion und Abwägung von Normen mit partiellem Festsetzungsgehalt	202
2. Die Deutung von Grundrechtsnormen als Prinzipien	202
a) Der Einwand der zu schwachen Grundrechtsbindung	203
aa) Grundrechtliche Prinzipien als Rechtsnormen	203
bb) Der Festsetzungsgehalt von Grundrechten	204
cc) Die Rationalität der grundrechtlichen Abwägung	204
aaa) Die abwägungsfrei anwendbaren ersten beiden Teil- grundsätze der Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne	205
bbb) Die Strukturierungsleistung der Abwägung nach der Prinzipientheorie	206
ccc) Die Kohärenz im grundrechtlichen System	207
ddd) Metrisierung und Skalierung in der Abwägung	207
(1) Kardinale oder ordinale Ordnung	208
(2) Infinitesimale oder limitierte Skalierung	208
eee) Radikaler und moderater Abwägungsskeptizismus	209
b) Der Einwand der zu starken Grundrechtsbindung	210
aa) Strukturelle Spielräume	211
aaa) Der Zwecksetzungsspielraum	212
bbb) Der Mittelwahlspielraum	212
ccc) Der Abwägungsspielraum	213

bb) Epistemische Spielräume	213
aaa) Der empirische Erkenntnisraum	213
bbb) Der normative Erkenntnisraum	215
3. Alternative Modelle	216
a) Die Reduktion der Grundrechte auf die Abwehrrechte	216
b) Die Anwendung der traditionellen canones der Auslegung	217
c) Mindestpositionstheorien	217
aa) Die abwägungsfreie Begründung der Mindestposition	218
bb) Die Begründung der Mindestposition durch Abwägung	218
4. Zusammenfassung	219
<i>V. Die Grundrechtsnormen als bindende Normen</i>	<i>219</i>
1. Die Bindung in der geschichtlichen Entwicklung der Grundrechte	219
2. Die qualifizierende und die klassifizierende Dimension der Bindung	220
a) Die qualifizierende Dimension	220
b) Die klassifizierende Dimension	220
3. Bindung und rechtliche Geltung	221
<i>VI. Die Grundrechte als subjektive Rechte</i>	<i>222</i>
1. Der Begriff des subjektiven Rechts	222
a) Gründe für subjektive Rechte	223
aa) Intrinsische Gründe	223
bb) Extrinsische Gründe	223
b) Subjektive Rechte als rechtliche Positionen	225
c) Die gerichtliche Durchsetzbarkeit als Eigenschaft subjektiver Rechte	225
2. Die Begründung der Subjektivierung von Rechten aus der Prinzipiennatur der sie gewährenden Norm	226
3. Die Grundrechte des Grundgesetzes als subjektive Rechte	227
<i>VII. Die Grundrechte als einschränkbare Rechte</i>	<i>228</i>
1. Die Unterscheidung einschränkbarer und nicht einschränkbarer Rechte	228
a) Die Unterscheidung von Außentheorie und Innentheorie	229
aa) Außentheoretische Rechte	229
bb) Innentheoretische Rechte	229
b) Die Unterscheidung von Eingriffs-Schranken-Modell und Präformationsmodell	230
c) Ausgestaltungstheorien	231
aa) Die Ausgestaltung des Grundrechts	231
aaa) Die ungebundene Ausgestaltung des Grundrechts	232
bbb) Die gebundene Ausgestaltung des Grundrechts	232
bb) Die Ausgestaltung der unterverfassungsrechtlichen Rechtsordnung	233
2. Das Eingriffs-Schranken-Schema der Grundrechte	234
a) Der Anwendungsbereich des Eingriffs-Schranken-Schemas der Grundrechte	235
b) Die Elemente des Eingriffs-Schranken-Schemas der Grundrechte	235

aa) Der Grundrechtstatbestand	236
aaa) Der Schutzbereich	237
(1) Der personelle Schutzbereich	237
(2) Der sachliche Schutzbereich	237
bbb) Der Eingriff	237
bb) Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in den Schutzbereich	238
aaa) Grundrechtliche Eingriffsermächtigung	238
(1) Schlichte und qualifizierte grundrechtliche Eingriffs- ermächtigung	238
(2) Geschriebene und ungeschriebene grundrechtliche Eingriffsermächtigung	239
bbb) Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	240
(1) Formelle Kriterien	240
(2) Materielle Kriterien	241
<i>VIII. Die Unterscheidung von Grundrechtsfunktionen</i>	241
1. Die Abwehrrechte	243
a) Abwehrrechte im materiellen Sinne	243
b) Abwehrrechte im formellen Sinne	244
2. Die grundrechtlichen Leistungsrechte	245
a) Grundrechtliche Leistungsrechte im materiellen Sinne	245
b) Grundrechtliche Leistungsrechte im formellen Sinne	246
3. Die Gleichheitsrechte	246
a) Gleichheitsrechte und Abwehrrechte	247
aa) Die Gleichheitsrechte als Abwehrrechte	247
bb) Die Nichtdiskriminierungsfunktion von Abwehrrechten	248
b) Gleichheitsrechte und grundrechtliche Leistungsrechte	249
4. Die »Ausstrahlungswirkung« und »Drittwirkung« der Grundrechte	250
<i>IX. Das Selbstverständnis des Grundrechtsträgers</i>	251
1. Das Selbstverständnis des Grundrechtsträgers in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	253
2. Der begriffliche Rahmen	256
a) Elemente	257
aa) Subjektive Elemente	258
bb) Objektive Elemente	258
aaa) Physische Elemente	259
bbb) Abstrakte Elemente	259
b) Standpunkte	262
aa) Der subjektive Standpunkt	262
bb) Der objektive Standpunkt	263
aaa) Die formelle Dimension	264
bbb) Die materielle Dimension	264
(1) Die Möglichkeit staatlicher Neutralität	266
(2) Neutralität ohne Berücksichtigung des Selbstverständ-	

nisses	266
(3) Neutralität durch Berücksichtigung des Selbstverständ-	
nisses	267
3. Die Argumente für und gegen die Berücksichtigung des Selbst-	
verständnisses	268
a) Die Argumente für die Berücksichtigung des Selbstverständnisses	268
aa) Die individuelle Glaubensfreiheit	269
bb) Die kollektive Glaubensfreiheit	271
b) Die Argumente gegen die Berücksichtigung des Selbstverständ-	
nisses	273
aa) Der Verlust der Kompetenz-Kompetenz des Staates	274
bb) Der Geltungsverlust der Rechtsordnung	274
cc) Die Hypertrophie der Glaubensfreiheit	274
dd) Die Schwierigkeit der Ermittlung des Selbstverständnisses	274
ee) Der Gegenstand des Grundrechts bei grundrechtlichen	
Leistungsrechten	275
ff) Die Gleichheit der Grundrechtsauslegung	275
gg) Die Unentscheidbarkeit bei kollidierenden Selbstverständ-	
nissen	275
hh) Die vermeintliche Inkompatibilität von negativer Freiheit und	
Selbstverständnisberücksichtigung	275
4. Ein grundrechtsdogmatisches Modell zur Berücksichtigung des	
Selbstverständnisses	276
a) Das Selbstverständnis des Grundrechtsträgers bei der Ermittlung	
des Grundrechtstatbestandes	276
aa) Der subjektive Standpunkt	277
bb) Der objektive Standpunkt	277
aaa) Der bloß formell objektive Standpunkt	278
bbb) Der formell und materiell objektive Standpunkt	278
cc) Kritik der Argumente gegen die Berücksichtigung des	
Selbstverständnisses auf der Ebene des Tatbestandes	279
aaa) Zum Einwand des Verlusts der Kompetenz-Kompetenz	279
bbb) Zum Einwand der Hypertrophie	280
ccc) Zum Einwand der ungleichen Auslegung der Grund-	
rechte durch die Selbstverständnisberücksichtigung	281
ddd) Zum Einwand der Unmöglichkeit der Ermittlung des	
Selbstverständnisses	282
eee) Zum Einwand des Gegenstandes grundrechtlicher	
Leistungsrechte	283
dd) Zusammenfassung	284
b) Das Selbstverständnis in der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	285
aa) Die Abwägung aus dem subjektiven Standpunkt heraus	286
bb) Die Abwägung aus dem bloß formell objektiven Standpunkt	
heraus	286
cc) Die Abwägung aus dem formell und materiell objektiven	
Standpunkt heraus	287

aaa) Das Selbstverständnis in der Abwägung	288
bbb) Kritik der Argumente gegen die Berücksichtigung des Selbstverständnisses auf der Ebene der verfassungs- rechtlichen Rechtfertigung	289
(1) Zum Einwand des Geltungsverlustes der Rechtsordnung	289
(2) Zur Unentscheidbarkeit bei kollidierenden Selbst- verständnissen	290
(3) Zur vermeintlichen Inkompatibilität von negativer Freiheit und Selbstverständnisberücksichtigung	291
c) Zusammenfassung	291

2. Teil

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes

1. Kapitel

Grundrechtliche Rechte und staatskirchenrechtliche Rechte

<i>I. Die Bedeutung der Unterscheidung von grundrechtlichen und staatskirchenrechtlichen Rechten</i>	295
1. Die konstruktive Bedeutung der Unterscheidung von grundrecht- lichen und staatskirchenrechtlichen Rechten	296
2. Die substantielle Bedeutung der Unterscheidung von grundrecht- lichen und staatskirchenrechtlichen Rechten	297
<i>II. Das Verhältnis der grundrechtlichen Rechte und der staatskirchenrechtlichen Rechte</i>	298
1. Einfache Versuche der Bestimmung des Verhältnisses von grund- rechtlichen und staatskirchenrechtlichen Rechten	298
a) Alte und neue Verfassungsbestimmungen	299
b) Die Grundrechte als subjektive Rechte und das Staatskirchenrecht als objektives Verfassungsrecht	299
aa) Von Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 bis 139, 141 WRV gewährte subjektive Rechte	300
bb) Die Grundrechte als Teil des Staatskirchenrechts	300
c) Die Rechte einzelner und die Rechte von Vereinigungen	301
2. Das komplexe Verhältnis der grundrechtlichen und staatskirchen- rechtlichen Rechte	302
a) Die Kongruenz der Tatbestände	303
aa) Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 1, 2 WRV	303
bb) Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 3, 4 WRV	304
cc) Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 2, 7 WRV	304
dd) Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 3 WRV	305
ee) Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV	307
aaa) Rechte auf Anerkennung und Verleihung des Körper- schaftsstatus	307
(1) Die geborenen Körperschaften des öffentlichen Rechts	308

(2) Die gekorenen Körperschaften des öffentlichen Rechts	309
bb) Die Institution der Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts	311
ccc) Die Kongruenz von Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV und Art. 4 Abs. 1, 2 GG	313
ff) Art. 140 GG i. V. m. Art. 138 Abs. 2 WRV	314
gg) Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV	318
hh) Art. 140 GG i. V. m. Art. 141 WRV	319
b) Differenzen im Schrankenregime	320
c) Die Spezialität der staatskirchenrechtlichen Rechte	322
aa) Die fehlende Durchsetzbarkeit der staatskirchenrechtlichen Rechte im Wege der Verfassungsbeschwerde	322
bb) Versuche der Begründung der Durchsetzbarkeit der staatskirchenrechtlichen Rechte mittels der Verfassungsbeschwerde	324
aaa) Die Begründung des grundrechtlichen oder grundrechtsgleichen Charakters von staatskirchenrechtlichen Rechten	325
bbb) Die Durchsetzbarkeit der staatskirchenrechtlichen Rechte mittels Verfassungsbeschwerde trotz fehlender Qualität als Grundrechte oder grundrechtsgleiche Rechte	329
(1) Die inzidente Durchsetzung der staatskirchenrechtlichen Rechte im Wege der Verfassungsbeschwerde	329
(2) Die selbständige Durchsetzung der staatskirchenrechtlichen Rechte im Wege der Verfassungsbeschwerde	332
(a) Die Rechtsprechung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts	332
(b) Die Rechtsprechung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts	334
(c) Ergebnis	339
d) Der interpretatorische Gleich- oder Vorrang	340
aa) Das Argument der Staatskirchenartikel als »vollgültiges Verfassungsrecht«	341
bb) Das Argument des provisorischen Charakters der Staatskirchenartikel	342
aaa) Der Kompromiß in den Beratungen des Parlamentarischen Rates	343
bbb) Die technische Methode der Inkorporation der Staatskirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung	344
ccc) Die Stellung der Staatskirchenartikel in den »Übergangs- und Schlußbestimmungen« des Grundgesetzes	345
cc) Die vermeintliche Degradierung der Staatskirchenartikel zu »irrelevanten« Verfassungsbestimmungen	347
dd) Das Argument der Einheit der Verfassung	350
e) Ergebnis	352

2. Kapitel

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Abwehrrecht

<i>I. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit gem. Art. 4 GG</i>	354
1. Die interne Struktur des Art. 4 GG	355
a) Die Reduktion auf eine Freiheit	356
b) Systeme von Teilfreiheiten	358
aa) Die Unterscheidung von Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit und Freiheit der Kriegsdienstverweigerung	358
bb) Die Unterscheidung von vier oder mehr Teilfreiheiten	359
2. Die Glaubensfreiheit gem. Art. 4 Abs. 1, 2 GG	360
a) Der Schutzbereich der Glaubensfreiheit	361
aa) Der personelle Schutzbereich der Glaubensfreiheit	361
aaa) Natürliche Personen	361
(1) Natürliche Personen als Grundrechtsträger	361
(2) Exkurs: Die Ausübung der Glaubens- und Gewissensfreiheit durch Kinder und Jugendliche	364
(a) Das »Gesetz über die religiöse Kindererziehung« des Deutschen Reiches	364
(b) Abweichende Bestimmungen in Landesverfassungen	367
bbb) Juristische Personen	370
bb) Der sachliche Schutzbereich der Glaubensfreiheit	373
aaa) Die Glaubensfreiheit als einheitliches und umfassendes Grundrecht	373
(1) Das Wortlautargument	373
(2) Das Argument des Willens des Verfassungsgebers	374
(3) Die Versuche der Abgrenzung von Glauben, Bekenntnis und Religionsausübung	377
(4) Das Argument der Konturenlosigkeit des Schutzbereichs	378
(5) Das Argument des grundrechtlichen Selbstwiderspruchs	379
(6) Das Argument der Hypertrophie der Glaubensfreiheit	380
bbb) Enge oder weite Tatbestandstheorie	381
(1) Das Unredlichkeitsargument	382
(2) Das Argument der Überlastung des Bundesverfassungs- gerichts	383
(3) Das Argument der veränderten religiösen Struktur der Gesellschaft	383
(4) Das Rechtssicherheitsargument	386
(5) Das Argument des hohen Ranges der Glaubensfreiheit	387
(6) Das Argument der engen Schrankenklauseel	387
(7) Ergebnis	388
ccc) Religion und Weltanschauung	388
(1) Das begriffliche Fundament von Religion und Weltan- schauung	392

(a)	Das umfassende System von Aussagen zur Deutung der Welt	393
(aa)	Die möglichen Gegenstände der Aussagen	394
(bb)	Die Notwendigkeit eines umfassenden Systems	395
(b)	Das subjektive Merkmal	399
(aa)	Die Notwendigkeit eines subjektiven Merkmals	400
(bb)	Die Kriterien des subjektiven Merkmals	400
(cc)	Der einzelne und seine religiöse oder weltanschauliche Gemeinschaft	402
α)	Die Identifikation der Auffassung des einzelnen mit der Auffassung seiner religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaft	403
β)	Typische und nicht typische Handlungen der Religionsausübung	404
(dd)	Die objektive Relation zwischen Auffassung und Praxis	406
α)	Die subjektive Fundierung einer Handlung und der objektive Konnex	406
β)	Das Verbot des »venire contra factum proprium«	407
(ee)	Glauben ohne Gläubige	408
(c)	Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Religion und Weltanschauung	410
(aa)	Die Irrelevanz der Unterscheidung von Religion und Weltanschauung im Rahmen von Art. 4 Abs. 1, 2 GG	411
(bb)	Die Thesen zur Unterscheidung von Religion und Weltanschauung	411
α)	Die Areligiosität oder Antireligiosität der Weltanschauung	411
β)	Transzendenz und Immanenz	412
γ)	Das Vorhandensein einer Gottesvorstellung	412
δ)	Die Maßgeblichkeit des Selbstverständnisses	412
ε)	Beispiele für Weltanschauungen	413
(2)	Die begrenzenden Kriterien für »Religion« und »Weltanschauung« und ihre Ausübung	413
(a)	Die Begrenzung auf das Christentum	414
(b)	Die Begrenzung auf typische Formen der Ausübung von Religion und Weltanschauung	418
(aa)	Die Begrenzung auf christliche Formen der Religionsausübung	418
(bb)	Die Begrenzung auf die zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes in Deutschland üblichen Formen der Religionsausübung	419
(cc)	Die Begrenzung auf die bei den »Kulturvölkern« üblichen Formen der Ausübung von Religion und Weltanschauung	421

(dd)	Die Begrenzung auf traditionelle Handlungen der Religionsausübung der jeweiligen Religion oder Weltanschauung	425
(c)	Das Erfordernis der minimalen Komplexität der betreffenden Lehre	426
(d)	Das Erfordernis einer Gemeinschaft	427
(e)	Das Erfordernis der Rationalität des umfassenden Systems zur Deutung der Welt	428
(aa)	Externe Rationalität.	429
(bb)	Interne Rationalität	430
(f)	Religionsausübung und der Religionsausübung bloß förderliche Handlungen	431
(g)	Der Ausschluß wirtschaftlicher Betätigung	434
(h)	Der Ausschluß politischer Betätigung	435
(i)	Die Begrenzung auf das forum externum	436
(j)	Der Ausschluß »negativer Freiheit«	436
(aa)	Der innere Aspekt	437
(bb)	Der äußere Aspekt	438
(k)	Der Ausschluß qualifiziert schädlicher Handlungen	440
(1)	Schutzbereichsexklusion durch Verstärkung des Schutzes eines anderen Grundrechts	441
(aa)	Die Verstärkung durch Grundrechte anderer	443
(bb)	Die Verstärkung durch eigene Grundrechte	443
(3)	Die Formen der kollektiven Glaubensfreiheit in Art. 4 Abs. 1, 2 GG	444
(4)	Zusammenfassung	445
b)	Der Eingriff in die Glaubensfreiheit	445
aa)	Der Begriff des Eingriffs in Abwehrrechte	445
aaa)	Der klassische Eingriffsbegriff	446
bbb)	Der moderne oder grundrechtliche Eingriffsbegriff	447
bb)	Besondere Eingriffsprobleme bei der Glaubensfreiheit	449
aaa)	Staatliche Warnungen vor Glaubens- oder Weltanschauungsgemeinschaften	449
(1)	Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und die Diskussion in der Literatur	450
(2)	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	452
(a)	Der Kammerbeschluß zur »Transzendentalen Meditation«	452
(b)	Der Diethylenglykol-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts	453
(aa)	Die Eingriffskonstruktion im Diethylenglykol-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts	453
(bb)	Die Eingriffskonstruktion im Diethylenglykol-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts	455
(c)	Der Osho-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts	456
bbb)	Die Konfrontation mit Symbolen	461

(1) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	464
(a) Der Beschluß zum Kruzifix im Gerichtssaal	464
(b) Die Senatsentscheidung im Kruzifix-Beschluß	465
(c) Das Sondervotum der Richter Seidl und Söllner und der Richterin Haas	466
(d) Das Urteil zum Kopftuch der Lehrerin	467
(e) Zusammenfassung	468
(2) Die Bestimmung des Eingriffs durch die Konfrontation mit Symbolen	469
(a) Der Begriff des Symbols	471
(b) Die Deutung eines Symbols	473
(aa) Die »objektive« Bedeutung von Symbolen	473
(bb) Die Deutung aus der Perspektive des Verwenders	476
(cc) Die Deutung aus der Perspektive des Adressaten	477
(dd) Das komplexe Kriterium zur Ermittlung der Bedeutung eines Symbols	479
(c) Die Beeinträchtigung durch die Konfrontation mit einem Symbol	481
c) Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in die Glaubensfreiheit	481
aa) Die Lehre der Schrankenübertragung oder -leihe	483
aaa) Die Übertragung einer grundrechtlichen Eingriffsermächtigung auf alle im Wortlaut vorbehaltlos gewährten Abwehrrechte	483
(1) Die klassische Lehre der Schrankenübertragung	483
(2) Die Konzeption der Schrankenübertragung von Jörg Lücke	485
bbb) Die Übertragung von Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 1, 137 Abs. 3 Satz 1 WRV als grundrechtliche Eingriffsermächtigung auf die Glaubensfreiheit	487
(1) Die Vorläuferbestimmungen zu Art. 136 Abs. 1, 2 WRV	489
(a) Das Verbot der religiösen Diskriminierung	491
(b) Die Gesetze als absolute Grenze der Religion und Religionsausübung	491
(aa) Der Zusammenhang zwischen der Gewährung gleicher Rechte und dem Gebot der gleichen Erfüllung von Pflichten	492
(bb) Die scharfe Scheidung der Sphäre des Religiösen und der Sphäre des Staatlichen	493
(2) Art. 136 Abs. 1, 2 WRV im System der Glaubensfreiheit der Weimarer Reichsverfassung	495
(a) Die Struktur von Art. 136 Abs. 1, 2 WRV	495
(b) Das Verhältnis von Art. 135 Satz 3 WRV und Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV	496
(c) Die Begrenzungen in Art. 135 Satz 3 WRV und Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV als absolute Grenzen	498
(3) Die Inkorporation von Art. 136 Abs. 1 WRV in das Grund- gesetz	499
(a) Die Inkorporation lediglich von Art. 136 WRV	499

(b)	Der Wortlaut des Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV	500
(c)	Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV als absolute Grenze	501
(d)	Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV als Bestimmung der Weimarer Reichsverfassung von sekundärer Bedeutung	502
(e)	Der Wille des Parlamentarischen Rates	503
(f)	Die vorbehaltlosen Abwehrrechte als Kategorie im System der Grundrechte des Grundgesetzes	504
(g)	Die Divergenz zur Gewissensfreiheit bei der Über- tragung von Art. 136 Abs. 1 2. Fall WRV auf die Glaubensfreiheit	504
(4)	Ergebnis	505
bb)	Die ungeschriebene grundrechtliche Eingriffsermächtigung	505
aaa)	Die Formel des Bundesverfassungsgerichts zur Einschränkung von im Wortlaut vorbehaltlos gewährleisteten Abwehr- rechten	505
(1)	Die bundesverfassungsgerichtliche Formel als Schutzbereichs- begrenzung oder Einschränkungsermächtigung	509
(2)	Die ungeschriebene Einschränkungsermächtigung nach der bundesverfassungsgerichtlichen Formel als Gesetzesvorbehalt	510
(3)	Die Anwendbarkeit der bundesverfassungsgerichtlichen Formel bei Abwehrrechten mit geschriebener grundrechtlicher Eingriffs- ermächtigung	511
(4)	Die Klasse der Schrankengründe nach der bundesverfassungs- gerichtlichen Formel	513
(a)	Kompetenz- und Organisationsvorschriften	514
(b)	Staatszielbestimmungen	515
(c)	Institutionelle Garantien und sonstiges	515
bbb)	Die Konzeptionen in der Rechtsprechung der Fachgerichte und in der Literatur	516
(1)	Die Begrenzung der Schrankengründe auf Grundrechte anderer und sonstige Rechtswerte mit Verfassungsrang	516
(a)	Weite Interpretation	517
(aa)	Die Fachgerichte	517
(bb)	Die Literatur	517
(cc)	Paradigmatische Anwendungsfelder der weiten Interpretation	518
α	Grundgesetzliche Kompetenzbestimmungen als Positivierungen von Rechtswerten mit Verfassungsrang	518
β	Die Menschenwürde als Quelle von Rechtswerten mit Verfassungsrang	521
(b)	Enge Interpretation	521
(2)	Die Begrenzung auf Grundrechte anderer als Schranken- gründe	524
(3)	Der ungeschriebene allgemeine Gesetzesvorbehalt	526
ccc)	Kritik	528
(1)	Der Wortlaut der vorbehaltlosen Abwehrrechte	530
(2)	Der historische Wille des Verfassungsgebers	530

(a)	Das Schrankensystem im Entwurf des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee	531
(b)	Das Schrankensystem in den Beratungen des Parlamentarischen Rates	532
(aa)	Die frühe Phase.	532
(bb)	Die späte Phase.	535
α)	Grundrechte mit qualifiziertem Gesetzesvorbehalt	535
β)	Grundrechte mit allgemeinem Gesetzesvorbehalt	535
γ)	Grundrechte ohne geschriebenen Gesetzesvorbehalt	536
(3)	Die objektive Auslegung	538
(a)	Das Gebot der weiten Fassung grundrechtlicher Eingriffsermächtigungen	539
(b)	Die Inkonsequenz der Formel des Bundesverfassungsgerichts in der weiten Interpretation	540
ddd)	Ergebnis	540
cc)	Die Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung des Eingriffs in die Glaubensfreiheit	541
aaa)	Der ungeschriebene einfache Gesetzesvorbehalt	541
bbb)	Die formellen Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	542
(1)	Die Anforderungen des Art. 19 Abs. 1 GG	542
(a)	Das Zitiergebot gem. Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG	542
(b)	Das Einzelfallgesetzverbot gem. Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG	544
(2)	Die sonstigen formellen Kriterien	545
ccc)	Die materiellen Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	546
(1)	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne	546
(2)	Die Wesensgehaltsgarantie gem. Art. 19 Abs. 2 GG	547
(3)	Sonstige materielle Aussagen des Grundgesetzes	548
3.	Die Gewissensfreiheit gem. Art. 4 Abs. 1 GG	548
a)	Der Schutzbereich der Gewissensfreiheit	549
aa)	Der personelle Schutzbereich der Gewissensfreiheit	549
aaa)	Natürliche Personen	549
bbb)	Juristische Personen	549
bb)	Der sachliche Schutzbereich der Gewissensfreiheit	550
aaa)	Der Begriff der Gewissensentscheidung	551
(1)	Gewissen und Selbstverständnis	554
(2)	Die Gewissensfreiheit als gegenständlich unbegrenztes Grundrecht	554
(3)	Die Gewissensnot	555
(4)	Die Rationalität der Gewissensentscheidung	557
(5)	Die Darlegungslast	558
(6)	Das Verhältnis von Glaubens- und Gewissensfreiheit	561
(7)	Die Gewissensfreiheit als Positivierung von Moral	563
(8)	Der Begriff des Gewissens in anderen Bestimmungen	563
bbb)	Begrenzungen des sachlichen Schutzbereichs	564

(1) Der Schutz des forum internum und des forum externum	564
(2) Der Schutz des Unterlassens und des Handelns	566
(3) Der Schutz der negativen Freiheit	567
(4) Die Begrenzung des Schutzes auf die eigene Verantwortungssphäre	568
(5) Das Verbot des »venire contra factum proprium« als Grenze des Schutzbereichs	570
b) Der Eingriff in die Gewissensfreiheit	572
c) Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in die Gewissensfreiheit	572
aa) Die grundrechtliche Eingriffsermächtigung	573
bb) Die Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	573
4. Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung gem. Art. 4 Abs. 3 GG	573
a) Der Schutzbereich des Rechts zur Kriegsdienstverweigerung	575
aa) Der personelle Schutzbereich des Rechts zur Kriegsdienstverweigerung	575
bb) Der sachliche Schutzbereich des Rechts zur Kriegsdienstverweigerung	576
aaa) Der »Kriegsdienst mit der Waffe« im Sinne von Art. 4 Abs. 3 GG	576
bbb) Die prinzipielle und die situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung	578
(1) Die Beschränkung des Art. 4 Abs. 3 GG auf die prinzipielle Kriegsdienstverweigerung	578
(2) Die situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung als Anwendungsfall der allgemeinen Gewissensfreiheit gem. Art. 4 Abs. 1 GG	582
ccc) Die Darlegungslast des Kriegsdienstverweigerers	582
b) Der Eingriff in das Recht zur Kriegsdienstverweigerung	583
c) Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in das Recht zur Kriegsdienstverweigerung	583
aa) Die grundrechtliche Eingriffsermächtigung	583
aaa) Die Deutung von Art. 4 Abs. 3 Satz 2 GG als »Verfahrensvorbehalt«	584
(1) Die Unterscheidung zwischen Einschränkungen des sachlichen Gehalts und Verfahrensbestimmungen	586
(2) »Verfahrensrecht als solches« und Einschränkungen des »sachlichen Gehalts« als verschiedene Arten von Einschränkungen	588
bbb) Die Deutung von Art. 4 Abs. 3 Satz 2 GG als einfacher Gesetzesvorbehalt	589
bb) Die Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	590
II. Die staatskirchenrechtlichen Abwehrrechte	590
1. Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 3 WRV	591
2. Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 4 WRV	593
3. Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 2, 4, 5, 7 WRV	593

a) Die Kompetenz zur Vereinigung zu religiösen Gemeinschaften oder Weltanschauungsgemeinschaften	594
b) Der Schutz des Vollzuges der institutionellen Handlung	595
c) Die »negative« Vereinigungsfreiheit	596
4. Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 3 WRV	597
a) Der Tatbestand des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts	597
b) Die Schrankenklauseel	599
aa) Die klassische Deutung unter der Weimarer Reichsverfassung	599
bb) Die Heckelsche Formel	600
cc) Die Bereichsscheidungslehre	601
dd) Die Jedermann-Formel des Bundesverfassungsgerichts	602
ee) Die Abwägungslehre	604

3. Kapitel

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundrechtliches Leistungsrecht

<i>I. Die Teilklassen der grundrechtlichen Leistungsrechte</i>	607
1. Die grundrechtlichen Schutzrechte	607
2. Die sozialen Grundrechte	609
3. Die grundrechtlichen Rechte auf Organisation und Verfahren	610
4. Die Zuordnung zu mehreren Teil- oder Unterklassen der grundrecht- lichen Leistungsrechte	611
<i>II. Die Struktur der grundrechtlichen Leistungsrechte</i>	612
1. Die grundrechtlichen Leistungsrechte als Programmsätze	613
2. Die grundrechtlichen Leistungsrechte als subjektive Rechte	613
3. Die grundrechtlichen Leistungsrechte als einschränkbare Rechte	615
a) Die grundrechtlichen Leistungsrechte als nicht einschränkbare Rechte	615
aa) Die grundrechtlichen Leistungsrechte als abwägungsfrei anwendbare Rechte	616
bb) Die Abwägung bei der Ermittlung des Inhalts nicht ein- schränkbarer Rechte	616
b) Die grundrechtlichen Leistungsrechte als einschränkbare Rechte	617
4. Enge oder weite Tatbestandstheorie	618
5. Die Kriterien der Einschränkung grundrechtlicher Leistungsrechte	620
a) Die grundrechtliche Eingriffsermächtigung	621
b) Die formellen Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	621
aa) Die Anwendbarkeit formeller Kriterien	621
bb) Der Katalog der formellen Kriterien	622
c) Die materiellen Kriterien der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	622
<i>III. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundrechtliches Schutzrecht</i>	623
1. Der Anspruch auf schutzgrundrechtskonforme Rechtsetzung	624

a) Die strafrechtlichen Vorschriften zum Schutz von Religion und Weltanschauung	624
b) Die ordnungsbehördliche Generalklausel	626
c) Zivilrechtliche Bestimmungen zum Schutz von Religion und Weltanschauung	627
2. Der Anspruch auf schutzgrundrechtskonforme Rechtsanwendung	628
3. Die prozessuale Durchsetzung grundrechtlicher Schutzrechte	630
a) Die verfassungsprozessuale Durchsetzung des Anspruchs auf schutzgrundrechtskonforme Rechtsetzung	631
b) Die verfassungsprozessuale Durchsetzung des Anspruchs auf schutzgrundrechtskonforme Rechtsanwendung	632
4. Die Voraussetzungen definitiver grundrechtlicher Schutzrechte im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit	633
<i>IV. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als soziales Grundrecht</i>	<i>634</i>
1. Die sozialen Grundrechte einzelner	634
2. Die sozialen Grundrechte von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	638
a) Spezielle Rechte auf staatliche Hilfen für die Ausübung rechtlicher Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit von Gemeinschaften	638
aa) Die mit dem Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne von Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV verbundenen Rechte	639
bb) Der Sonn- und Feiertagsschutz gem. Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV	639
cc) Der Vorbehalt der Entschädigung bei der Ablösung von Staatsleistungen gem. Art. 140 GG i. V. m. Art. 138 Abs. 1 WRV	639
b) Die Erlaubtheit der finanziellen Förderung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften kraft ihrer Gebotenheit	640
aa) Die grundsätzliche Erlaubtheit der finanziellen Förderung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	641
bb) Die Erlaubtheit der Staatsleistungen kraft ihrer Gebotenheit	642
c) Die Argumente für soziale Grundrechte von Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften	644
d) Die Voraussetzungen definitiver sozialer Grundrechte im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit	645
3. Die staatliche Hilfe zur Religionsausübung in Sonderverhältnissen	647
a) Das Recht auf Religionsunterricht gem. Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG	648
b) Das Recht auf Anstaltsseelsorge, Art. 140 GG i. V. m. Art. 141 WRV	649
c) Formell oder materiell leistungsgrundrechtlicher Schutz der Förderung der Religionsausübung in Sonderverhältnissen	650

<i>V. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundrechtliches Recht auf Organisation und Verfahren</i>	652
1. Das Recht auf die Vereinigung zu religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften	653
a) Privatrechtliche Vereinigungen	654
aa) Der bloß »religiöse Verein«	654
bb) Die Freiheit zur Vereinigung zu Religionsgesellschaften gem. Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 2, 4 WRV, Art. 4 Abs. 1, 2 GG	655
aaa) Der Anspruch auf grundrechtskonforme Rechtsetzung	656
bbb) Der Anspruch auf grundrechtskonforme Rechtsanwendung	657
b) Öffentlichrechtliche Vereinigungen	659
aa) Der Inhalt des Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts	660
bb) Die Voraussetzungen des Erwerbs des Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts	664
2. Die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft in religiösen oder weltanschaulichen Vereinigungen	669
a) Der Erwerb der Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft durch Kindstaufe	670
b) Der Kirchenaustritt	674
aa) Die Notwendigkeit eines staatlichen Kirchenaustrittsrechts	674
bb) Die Wirkung des Kirchenaustritts nach staatlichem und kirchlichem Recht	675
cc) Der Zeitpunkt der Wirksamkeit des Kirchenaustritts	677
aaa) Der Austritt aus privatrechtlich organisierten Religionsgemeinschaften	677
bbb) Der Austritt aus religiösen Körperschaften des öffentlichen Rechts	678

4. Kapitel

Grundrechtliche Gleichheit im Bereich von Glaube und Gewissen

<i>1. Der allgemeine Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG</i>	679
1. Rechtliche und faktische Gleichheit	680
a) Rechtliche Gleichheit	680
b) Faktische Gleichheit	680
aa) Faktisch gleiche Zustände	681
bb) Faktisch gleiche Chancen	681
cc) Faktische Gleichheit als Element des allgemeinen Gleichheitssatzes	682
2. Das Gleichbehandlungsgebot und das Ungleichbehandlungsgebot	684
3. Das Eingriffs-Schranken-Schema beim allgemeinen Gleichheitssatz	686
a) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	687
aa) Die Willkürformel	688
bb) Die Neue Formel	688

cc)	Die Neue Variante der Neuen Formel	689
b)	Die Diskussion in der Literatur	693
aa)	Das Eingriffs-Schranken-Schema	694
bb)	Das prima facie-Gebot der rechtlichen Gleichbehandlung	694
aaa)	Die These des prima facie-Gebots normativer Gleichheit	695
bbb)	Der allgemeine Gleichheitssatz als Cluster von Prinzipien	697
	(1) Das Prinzip rechtlicher Gleichheit als Teilprinzip des allgemeinen Gleichheitssatzes	698
	(2) Das Gebot normativer Gleichbehandlung als Prinzipien- cluster	698
	(a) Der Cluster aus rechtlicher Gleichheit und dem Gebot der Ungleichbehandlung aus internen Zwecken	698
	(b) Der Vorteil der exakten Rekonstruierbarkeit gleich- heitsrechtlicher Wertungen	699
	(c) Der Vorteil der einfachen Anwendbarkeit	700
	(3) Die komplexe Struktur des allgemeinen Gleichheitssatzes	701
4.	Die Rechtsfolge eines Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz	702
5.	Zusammenfassung	702
<i>II. Die speziellen Gleichheitsrechte im Bereich von Glaube und Gewissen</i>		
		703
1.	Die Differenzierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 Satz 1, 7. und 8. Fall GG	703
a)	Art. 3 Abs. 3 Satz 1 7. und 8. Fall als Verbot bestimmter rechtlicher Ungleichbehandlungen	704
aa)	Die Konzeption des absoluten Differenzierungsverbots	704
aaa)	Die Differenzierungskriterien »Glaube« und »religiöse Anschauungen«	704
bbb)	Differenzierung unter Verwendung eines verbotenen Merkmals	705
	(1) Die objektive Deutung des Zusammenhanges zwischen . . . Differenzierung und verbotenen Kriterium	706
	(2) Die subjektive Deutung des Zusammenhanges zwischen Differenzierung und verbotenen Kriterium	707
ccc)	Bevorzugung oder Benachteiligung	708
ddd)	Der absolute Charakter des Differenzierungsverbots	708
eee)	Kritik	709
	(1) Der objektive Zusammenhang zwischen verbotenen Kriterium und Differenzierung	709
	(2) Die Prämisse der »Vergleichbarkeit der Vergleichsgruppen«	710
bb)	Die Konzeption des relativen Differenzierungsverbots	711
aaa)	Die Verdächtigkeit einer Differenzierung	712
bbb)	Die Rechtfertigung anhand von Unterschieden hinsichtlich nicht verbotener Kriterien	713
	(1) Die Relation der Kontingenz der Unterschiede im Hinblick auf an sich verbotene und an sich erlaubte Differenzierungs- kriterien	714

(2) Die Relation der Notwendigkeit der Unterschiede im Hinblick auf an sich verbotene und an sich erlaubte Differenzierungskriterien	714
ccc) Kritik	716
b) Art. 3 Abs. 3 Satz 1 7. und 8. Fall als Verbot bestimmter normativer Ungleichbehandlungen	717
aa) Martin Heckels Konzeption der gleichwertigen Differenzierung	717
bb) Kritik	719
c) Die zutreffende Deutung des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 7. und 8. Fall GG	720
2. Die speziellen Gleichheitsrechte gem. Art. 33 Abs. 3 GG	721
a) Die Struktur des Art. 33 Abs. 3 GG	722
aa) Art. 33 Abs. 3 GG Satz 1 GG	722
aaa) Der »Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 1. Fall GG	722
bbb) Die »Zulassung zu öffentlichen Ämtern« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 2. Fall GG	722
ccc) Die »im öffentlichen Dienst erworbenen Rechte« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 3. Fall GG	723
bb) Art. 33 Abs. 3 Satz 2 GG	723
b) Enge oder weite Deutung des »religiösen Bekenntnisses« im Sinne von Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG	723
aa) »Religiöses Bekenntnis« als Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft	724
bb) Die weite Deutung des »religiösen Bekenntnisses« im Sinne von Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG	724
c) Art. 33 Abs. 3 GG als relatives Differenzierungsverbot	725
3. Die staatskirchenrechtlichen Gleichheitsrechte	725
<i>III. Gleichheitsprobleme im Bereich von Glaube und Gewissen</i>	<i>725</i>
1. Die Parität zwischen den Bekenntnissen und Religionen	726
a) Die Parität zwischen den Bekenntnissen und Religionen in der deutschen Verfassungsgeschichte	726
b) Die Parität zwischen den Bekenntnissen und Religionen im Grundgesetz	728
2. Die individuelle religiöse und weltanschauliche Gleichheit	730
a) Das konfessionsgebundene Staatsamt	731
aa) Die Religionslehrer	731
bb) Die konfessionell gebundene Professur	732
cc) Die Geistlichen im Rahmen der Anstaltsseelsorge	734
b) Ungleichbehandlungen aufgrund von Unterschieden des religiösen Selbstverständnisses	735
 Zusammenfassung	 736
 Literaturverzeichnis	 743
Sachregister	821

Einleitung

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist ein historisch bedeutendes, vor allem aber systematisch zentrales Grund- und Menschenrecht.¹ Ihre Anwendung wirft nicht nur spezifische Fragen auf, die in einer Dogmatik eines speziellen Grund- und Menschenrechts zu beantworten sind, sondern zugleich ein ganzes Bündel von Fragen allgemeiner Natur. Derart übergreifende Zusammenhänge legen nahe, der Glaubens- und Gewissensfreiheit eine monographische Untersuchung angedeihen zu lassen.

I. Der Gegenstand der Untersuchung

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes. Die Arbeit stellt damit eine primär grundrechtliche Untersuchung dar, in der natürlich aber auch das Staatskirchenrecht² eine wichtige Rolle spielen wird. Der Bedarf an Untersuchung insbesondere der dogmatischen Strukturen und der zentralen Begriffe muß im Bereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit als – verglichen mit anderen Grundrechten – hoch gelten. Zwar hat sich die Diskussion um eine Reihe von klassischen Problemen einstweilen weitgehend entspannt. Hier könnte man viele mit der Kirchensteuer zusammenhängende Probleme,³ den Streit um das Schulgebet⁴ sowie den um das Recht der Kriegsdienstverweigerung gem. Art. 4 Abs. 3 GG⁵ nennen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Ruhe eingekehrt wäre. Vielmehr entstanden in rascher Folge in den letzten Jahrzehnten mit eher zunehmender Geschwindigkeit neue Problemkonstellationen, die Anlaß zu Auseinandersetzungen gaben. Bemerkenswert erscheint dabei nicht nur die Zahl dieser Problemkonstellationen, sondern auch die Heftigkeit, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden und werden. Es mag an dieser Stelle die bloße Nennung der Stichworte »Neue Jugendreligionen«, »Kruzifix-Beschluß«, »Körperschaftsstatus für die

¹ Zum Verhältnis von Freiheiten und Rechten im Sinne des voll ausgebildeten Grundrechts siehe 1. Teil, 3. Kapitel, III. 2. d).

² Wenn und soweit man das Staatskirchenrechtliche als Gegenbegriff zum Grundrechtlichen verstehen kann, zum Begriff des Staatskirchenrechts siehe 2. Teil, 1. Kapitel, II. 1. b) bb).

³ Siehe insbesondere BVerfGE 19, 206 ff.; 19, 226 ff.; 19, 242 ff.; 19, 268 ff.; 20, 40 ff.; 30, 415 ff.; 44, 37 (53 f.); 44, 103 ff.; 73, 388 (398 f.).

⁴ BVerfGE 52, 223 ff.; aus der Literatur statt vieler *M. Heckel*, Religionsfreiheit, S. 817 ff. mit weiteren Nachweisen.

⁵ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 4.

Zeugen Jehovas«, »LER-Unterricht« in Brandenburg, »muslimisches Schächten«, »Ruf des Muezzin«, »Lehrerin mit muslimischem Kopftuch« und »islamischer Religionsunterricht« ausreichen.

Die besondere Problemträchtigkeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit kann man im wesentlichen auf zwei Gründe zurückführen. Der erste Grund besteht darin, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes eine ganze Reihe von fundamentalen grundrechtsdogmatischen Problemen aufwirft, die bislang nicht angemessen gelöst wurden. Die Bestimmung des Tatbestandes leidet darunter, daß – auch wenn es niemandem schwerfällt, sichere Fälle von Religion zu benennen – die genaue Definition von Religion nach wie vor im dunkeln liegt.⁶ Ohnehin gibt der Wortlaut des Art. 4 Abs. 1, 2 GG so manches Rätsel auf. Im Hinblick auf die grundsätzliche Struktur des Grundrechtstatbestandes ist vor allem der Streit um die Glaubensfreiheit als einheitliches und umfassendes Grundrecht oder als Bündel selbständiger Teilgewährleistungen,⁷ der eng mit dem Streit um die enge und weite Tatbestandstheorie verbunden ist,⁸ zu erwähnen. Auf der Schrankenseite wird vor allem darüber gestritten, ob eine Übertragung von Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 Abs. 1 WRV als grundrechtliche Eingriffsermächtigung auf die Glaubensfreiheit erfolgen kann⁹ oder die Grundsätze der Formel des Bundesverfassungsgerichts zur Einschränkung vorbehaltloser Abwehrrechte Anwendung finden.¹⁰ Zudem wirft die für die Glaubensfreiheit in besonderem Maße wichtige kollektive Dimension eine Reihe von Problemen auf. Soweit die Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundrechtliches Leistungsrecht in Rede steht¹¹ oder nach Gleichheit im Bereich von Glaube und Gewissen gefragt wird,¹² bewegt sich selbst die allgemeine Grundrechtsdogmatik noch auf unsicherem Parkett. Erheblich verkompliziert wird die Bestimmung des definitiven grundrechtlichen Sollens zudem noch dadurch, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit wie praktisch kein anderes Grundrecht die Berücksichtigung des Selbstverständnisses des Grundrechtsträgers verlangt. Die hiermit zusammenhängenden Probleme harren noch der detaillierten Analyse.¹³ Als wäre dies alles nicht schon genug, wirft das Verhältnis der grundrechtlichen Gewährleistungen des Grundgesetzes zu den sogenannten Staatskirchenartikeln, Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 bis 139, 141 WRV, erhebliche interpretatorische Schwierigkeiten auf. Dies ergibt insgesamt eine durchaus eindrucksvolle Sammlung von miteinander verbundenen und ineinander verflochtenen grundrechtsdogmatischen Problemen, ohne deren vollständige und systematische Lösung eine adäquate Theorie der Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes nicht entwickelt werden kann.

⁶ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. a) bb) ccc).

⁷ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. a) bb) aaa).

⁸ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. a) bb) bbb).

⁹ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. c) aa) bbb).

¹⁰ Siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. c) bb) aaa), bbb).

¹¹ Siehe 2. Teil, 3. Kapitel.

¹² Siehe 2. Teil, 4. Kapitel.

¹³ Siehe 1. Teil, 3. Kapitel, IX.

Der zweite Grund für die zunehmende Problemträchtigkeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht in gesellschaftlichen Veränderungen. Auf die Veränderung der religiös-weltanschaulichen Orientierung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten wird immer wieder hingewiesen.¹⁴ Dies drückt sich insbesondere in der Zahl der Mitglieder der verschiedenen Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften aus.¹⁵ Die Zahl der Mitglieder der beiden christlichen Großkirchen nimmt sowohl absolut als auch relativ gesehen seit vielen Jahren ab. Nach der Volkszählung im Jahre 1961 waren etwa 95 % der Bevölkerung Mitglieder der christlichen Großkirchen,¹⁶ dieser Prozentsatz ist zum Beginn des neuen Jahrtausends auf unter siebenzig Prozent gefallen, bei weiter fallender Tendenz.¹⁷ Aus den ehemaligen Volkskirchen, die noch vor einiger Zeit gemeinsam praktisch die gesamte deutsche Bevölkerung repräsentieren konnten, werden zunehmend bloße Teile des Spektrums der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Dies galt bereits vor der Wiedervereinigung für die sogenannten alten Bundesländer, wurde durch den Beitritt der sogenannten »Deutschen Demokratischen Republik« jedoch noch spürbar verstärkt. Die mehr als vierzig Jahre Bekämpfung von Kirchen und Religiosität durch das sozialistische Regime haben die Verankerung der christlichen Kirchen in der Bevölkerung der neuen Bundesländer stark gelockert, ihre Mitgliederzahl ist auf nur noch etwas mehr als 30 % der Bevölkerung gesunken. Zum ersten Male seit der Christianisierung gibt es damit größere Gebiete in Deutschland, in denen die Zahl der Nichtchristen die der Christen überwiegt.¹⁸ Der Rückgang der Mitgliederzahl der christlichen Kirchen darf jedoch nicht dahingehend gedeutet werden, daß das Interesse an religiösen oder weltanschaulichen Fragen, an der Deutung der Welt und der Frage nach dem Sinn der Existenz des Menschen, zunehmend schwindet. Die Suche nach Antworten auf Fragen religiöser Natur bildet ein Grundbedürfnis des Menschen, dies gilt keineswegs nur für die Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart und Zukunft.¹⁹ Der Rückgang der Mitgliederzahl dürfte vielmehr in erster

¹⁴ Statt vieler *Hellermann*, Multikulturalität der Grundrechte, S. 129 f.; *Muckel*, Religiöse Freiheit und staatliche Letztentscheidung, S. 1 ff.; *Heckel*, ZevKR 44 (1999), S. 352; *Eblers*, ZevKR 45 (2000), S. 213 ff.; *Kupke*, Die Entwicklung des deutschen Religionsverfassungsrechts nach der Wiedervereinigung, S. 230 ff.; *Morlok/Heinig*, JZ 2003, S. 777.

¹⁵ Die Gründe für den Entschluß, eine Mitgliedschaft in einer Kirche fortzuführen, sind durchaus ebenso vielfältig wie die Gründe, eine derartige Mitgliedschaft zu beenden. Es gibt religiöse Sceptiker, die unter Hinweis auf die sozialen Leistungen, die aus dem Kirchensteueraufkommen finanziert werden, ihre Kirchenmitgliedschaft fortführen, auf der anderen Seite aber auch durchaus gläubige Christen, die in Zeiten hoher steuerlicher Belastung ihre Kirchenmitgliedschaft einstweilen beenden, um ihre finanziellen Verpflichtungen zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund drückt sich nicht in jedem Fall die innere Einstellung in der äußeren Mitgliedschaft aus. Das Maß der Divergenz hält sich jedoch in Grenzen. Die Mitgliederzahlen können daher mit einer gewissen Vorsicht als Indikator für die religiös-weltanschauliche Orientierung in der Bevölkerung genommen werden.

¹⁶ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, S. 42.

¹⁷ Siehe beispielsweise *Burgdorff/Janssen*, Jahrbuch 2005, S. 221.

¹⁸ *Maier*, HbStaatsKirchR I², S. 107.

¹⁹ Statt vieler *Hollerbach*, HbStR VI, § 138, Rn 6; *Thüsing*, Festschrift Krüger, S. 351.

Linie als ein Abwenden von traditionellen Formen organisierter Religion zu deuten sein. Die Zahl der Anhänger anderer Weltreligionen in Deutschland steigt deutlich, was jedoch weniger auf Konvertiten deutscher Abstammung denn auf Wanderungsbewegungen beruht. Dies gilt insbesondere für die Anhänger des muslimischen Glaubens, deren Zahl mittlerweile bei etwa 3,1 Millionen liegt, was ca. 3,8 % der Bevölkerung ausmacht.²⁰ Zudem finden neue religiös-weltanschauliche Gemeinschaften, die unter anderen mit den Begriffen »Sekten«, »Neue Religionen« oder »Jugendreligionen« bedacht werden, nicht wenig Zulauf.²¹ An dramatisierenden Formulierungen zur Beschreibung dieser Diversifikation im religiös-weltanschaulichen Bereich fehlt es wahrlich nicht. Es ist die Rede von »Patchwork-Religiosität«²², von der »Entchristlichung«²³ der Bundesrepublik Deutschland, die Konrad Hesse bereits im Jahre 1965 als »Missionsland«²⁴ bezeichnete. Andere sehen ein »Zeitalter eines Verblässens traditioneller religiöser Anschauungen« heraufziehen.²⁵

Mit der zunehmenden Diversifikation der religiös-weltanschaulichen Auffassungen werden die Konflikte zwischen den Anhängern verschiedener Bekenntnisse, Religionen und Weltanschauungen häufiger und heftiger. Dies beruht nicht zuletzt auch darauf, daß die Anhänger von religiös-weltanschaulichen Minderheiten ihre Bedürfnisse in einem als günstiger empfundenen gesellschaftlichen Klima – um es vorsichtig zu formulieren – nachdrücklicher geltend machen.

Bisweilen wird die zunehmende Diversifikation der religiös-weltanschaulichen Struktur der Bevölkerung zum Anlaß genommen, die bundesverfassungsgerichtliche Deutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit als der Änderung oder jedenfalls des Überdenkens bedürftig einzustufen.²⁶ An dieser These dürfte ohne Zweifel richtig sein, daß die Deutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit dem zunehmenden Potential an Konflikten im religiös-weltanschaulichen Bereich gerecht werden muß. Sie darf jedoch nicht dahingehend verstanden werden, daß jeweils eine bestimmte Struktur der religiös-weltanschaulichen Orientierung in der Bevölkerung eine eigene Konzeption der Glaubens- und Gewissensfreiheit fordert. Vielmehr kann sich durchaus erweisen, daß ein und dieselbe Konzeption auch die Probleme einer geänderten Struktur

²⁰ Siehe beispielsweise *Burgdorff/Janssen*, Jahrbuch 2005, S. 74.

²¹ Zu diesen Begriffen siehe 2. Teil, 2. Kapitel, I. 2. a) bb) ccc) (2) (b) (cc). Zu diesem Aspekt der Pluralisierung im religiös-weltanschaulichen Bereich siehe statt vieler *Muckel*, Religiöse Freiheit und staatliche Letztentscheidung, S. 2 ff.; *Ehlers*, ZevKR 45 (2000), S. 215 ff. In den neuen Bundesländern ist dagegen nicht nur das Interesse an den traditionellen abendländischen Bekenntnissen, sondern auch an neuen religiösen und weltanschaulichen Bewegungen eher gering, vgl. *Pollack*, New Religious Movements in East Germany, S. 293 ff.

²² *Kästner*, JZ 1998, S. 975.

²³ *Rüfner*, Festschrift Hollerbach, S. 691. Vgl. *Kästner*, ZevKR 37 (1992), S. 132: »zunehmende Entchristlichung«.

²⁴ *Hesse*, ZevKR 11 (1964/65), S. 345.

²⁵ *Kästner*, ZevKR 37 (1992), S. 135.

²⁶ Beispielsweise *M. Heckel*, ZevKR 44 (1999), S. 351 f.; *Janz/Rademacher*, NVwZ 1999, S. 706 f.

der religiös-weltanschaulichen Orientierung in der Gesellschaft angemessen lösen kann. Es wird in der folgenden Untersuchung ein grundrechtsdogmatisches Modell der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu entwickeln sein, das auch für einen demokratischen Verfassungsstaat mit einer im religiös-weltanschaulichen Bereich pluralistisch zusammengesetzten Gesellschaft hinreichend gerüstet ist. Kennzeichnend für dieses Modell sind vor allem die Weite sowohl des Grundrechtstatbestandes wie auch der grundrechtlichen Eingriffsermächtigung sowie die Berücksichtigung des Selbstverständnisses des Grundrechtsträgers auf der Ebene des Tatbestandes und der Schranken.

II. Der Gang der Untersuchung

Bevor näher in die grundrechtsdogmatische Untersuchung der Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes eingetreten werden kann, gilt es im 1. Teil die Grundlagen für diese Untersuchung zu legen. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird wie kaum ein anderes Grundrecht des Grundgesetzes aus der Geschichte heraus verstanden. Diese besondere Dimension des Historischen in der Deutung des Art. 4 Abs. 1, 2 GG fordert, im ersten Kapitel eine Darstellung zumindest der wesentlichen historischen Stationen der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Geschichte der Entwicklung der Grundrechte zu geben. Im zweiten Kapitel gilt es dann die verschiedenen Ebenen der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grund- und Menschenrecht zu unterscheiden. Neben einer systematischen Unterscheidung von Grund- und Menschenrechten überhaupt geht es auf der Ebene der Grundrechte um die Unterscheidung von internationalen, supranationalen und nationalen Grundrechten, innerhalb letzterer wiederum um die Unterscheidung von Bundes- und Landesgrundrechten. Nachdem die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes als primärer Untersuchungsgegenstand herausgearbeitet wurde und Inhalt und Struktur der Gewährleistungen der anderen Ebenen skizziert wurden, widmet sich das dritte Kapitel den grundrechtstheoretischen und -dogmatischen Grundlagen. Hier gilt es die fundamentalen Begriffe, Unterscheidungen und Strukturen zu klären, die für die Untersuchung der Glaubens- und Gewissensfreiheit als spezielles Grundrecht unerlässlich vorausgesetzt werden müssen. Um nur einige Dinge zu benennen, wird es innerhalb der Unterscheidung der rechtlichen Grundpositionen, Rechte auf etwas, Freiheiten und Kompetenzen um die exakte Unterscheidung von positiver und negativer Freiheit gehen, in weiteren Abschnitten um die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien, die Grundrechte als subjektive Rechte und als einschränkbare Rechte sowie um die Unterscheidung der Grundrechtsfunktionen. Den Abschluß bildet ein Abschnitt zur Berücksichtigung des Selbstverständnisses des Grundrechtsträgers. Dieses Problem der allgemeinen Grundrechtsdogmatik besitzt bei der Glaubens- und Gewissensfreiheit entscheidende Bedeutung.

Im 2. Teil bildet im ersten Kapitel die Unterscheidung der grundrechtlichen Rechte und der staatskirchenrechtlichen Rechte den Auftakt. Das Verhältnis der

grundrechtlichen Rechte zu den durch Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 bis 139, 141 WRV gewährten Rechten, die in dieser Untersuchung als staatskirchenrechtliche Rechte bezeichnet werden sollen,²⁷ ist in hohem Maße unklar und umstritten. Ohne eine Bestimmung dieses Verhältnisses kann eine adäquate Konzeption der Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes jedoch nicht entwickelt werden. Es wird zu zeigen sein, daß die einschlägigen grundrechtlichen Tatbestände die Tatbestände der staatskirchenrechtlichen Rechte vollständig umfassen. In den folgenden drei Kapiteln, dem zweiten bis vierten Kapitel, wird dann eine Untersuchung von Struktur und Inhalt der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Abwehrrecht, grundrechtliches Leistungsrecht und Gleichheitsrecht durchgeführt. Angesichts der primären Bedeutung der Grundrechte des Grundgesetzes als Abwehrrechte dürfte es nicht verwundern, daß die Untersuchung der abwehrrechtlichen Seite im zweiten Kapitel den größten Raum einnimmt.

Eine monographische Untersuchung eines derart wichtigen und problemträchtigen Grundrechts wie der Glaubens- und Gewissensfreiheit steht vor einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Auf der einen Seite gebietet die Fülle breit diskutierter Probleme, zu möglichst allen Problemen mit gebührender Ausführlichkeit Stellung zu nehmen. Auf der anderen Seite birgt gerade ein solches Vorgehen die Gefahr, eine handbuch- oder kommentarartige Darstellung zu verfassen, die kraft ihrer Form in der wissenschaftlichen Tiefe begrenzt bleiben muß. Da zu den Einzelproblemen ohnehin eher reichlich Stellungnahmen vorliegen, und Darstellungen in Handbüchern und Kommentaren in großer Zahl und hoher Qualität einen Überblick die vielfältigen Probleme und die Versuche zu ihrer Lösung bieten, soll in der folgenden Untersuchung das Augenmerk auf das gelegt werden, was eher fehlt: eine systematisch orientierte Untersuchung der Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes, in der versucht wird, Struktur und Inhalt der einzelnen grundrechtsdogmatischen Elemente zu bestimmen und sie zu einem konsistenten und kohärenten Modell des grundrechtlichen Schutzes der Glaubens- und Gewissensfreiheit zusammenzufügen.

²⁷ Zur Terminologie siehe 2. Teil, 1. Kapitel, I. und 2. Teil, 1. Kapitel, II. 1. b) bb).

1. Teil

Grundlagen

Bevor eine adäquate Analyse der vielfältigen Probleme der Glaubens- und Gewissensfreiheit im 2. Teil begonnen werden kann, sind die unerläßlichen historischen, rechtstheoretischen und rechtsphilosophischen sowie grundrechtstheoretischen und grundrechtsdogmatischen Grundlagen in den Blick zu nehmen.

1. Kapitel

Die historische Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit¹ gehört zu den ältesten Grund- und Menschenrechten. Die Geschichte der Glaubens- und Gewissensfreiheit stellt von Anfang an einen maßgebenden Teil der Geschichte der Grund- und Menschenrechte dar. Es soll und kann nicht Aufgabe dieser primär systematisch orientierten Untersuchung sein, die gesamte historische Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Rahmen der allgemeinen historischen Entwicklung der Grund- und Menschenrechte durch die Jahrhunderte detailliert nachzuzeichnen. Neben einigen Bemerkungen zur frühen Geschichte soll in diesem historischen Teil die Entwicklung des Grundrechts auf Glaubens- und Gewissensfreiheit in den deutschen Verfassungen seit 1848 im Vordergrund stehen.

Auch wenn man in systematischer Hinsicht klar zwischen Grundrechten und Menschenrechten unterscheiden kann,² ist die historische Entwicklung der Grundrechte und der Menschenrechte tief ineinander verwoben. In dieser primär grundrechtlichen Untersuchung soll jedoch die Geschichte der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht im Vordergrund stehen.

Das Kernstück dieses Kapitels besteht in einem chronologisch orientierten Überblick. Anschließend folgt ein Exkurs, der zwei Fragen gewidmet ist, die im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit häufig diskutiert werden. Die erste Frage ist die nach der Richtigkeit der insbesondere von Georg Jellinek aufgestellten These, die Glaubens- und Gewissensfreiheit stelle etwas wie das »Urrecht« oder »Urgrundrecht« dar, aus dem letztlich alle anderen Grundrechte hervorgegangen seien. Die zweite

¹ In diesem Kapitel wird, ohne begrifflich weiter zu unterscheiden, grundsätzlich zusammenfassend von der »Glaubens- und Gewissensfreiheit« gesprochen werden. Dabei soll nicht verkannt werden, daß das Schutzgut der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Laufe der historischen Entwicklung variiert, und dies gilt erst recht für Art und Niveau des Schutzes. Diese Veränderungen werden bei den einzelnen Entwicklungsstufen erläutert. Es wäre nicht ausgeschlossen, eingangs der Untersuchung gleich ein entsprechendes System exakter begrifflicher Differenzierungen zu entwickeln und bereits im Rahmen der historischen Untersuchung zu verwenden. Ein Konsens hinsichtlich eines solchen Systems im historischen Kontext liegt aber in weiter Ferne, wie man schon daran sehen kann, daß etwa ganz Unterschiedliches gemeint wird, wenn Grundrechte als »Programmsätze« bezeichnet werden oder von der »Freiheit der Religionsausübung« gesprochen wird. Die folgende Darstellung orientiert sich daher in erster Linie an der etablierten Praxis, das in der jeweiligen historischen Periode anerkannte Schutzgut der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Art und Niveau des Schutzes zu umschreiben. Vgl. auch zur entsprechenden terminologischen Frage im historischen Kontext *Suppé*, Die Grund- und Menschenrechte in der deutschen Staatslehre des 19. Jahrhunderts, S. 20 ff.

² Siehe 1. Teil. 2. Kapitel, I. 1., 2.

Frage ist die nach der Rolle des Christentums in der historischen Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

I. Die Entwicklung vor 1848

Man kann darüber streiten, wie der Beginn der Entwicklung der Grundrechte zu datieren ist. Ob bereits in der Antike Vorformen von Grund- und Menschenrechten existierten, ist im wesentlichen eine Frage des Standpunktes.³ Ohne Frage lassen sich in dieser Periode bereits ideengeschichtliche Wurzeln feststellen. Hergehoben seien hier nur die Humanitätsidee der Stoa,⁴ die Imago Dei-Formel in der Genesis⁵ und die Gleichheitsformel des Paulus.⁶ Von Grund- und Menschenrechten im Sinne der heute verwendeten Bedeutung dieses Begriffs kann jedoch nicht die Rede sein.⁷ Auch in der Welt des Mittelalters lassen sich gewisse Vorformen identifizieren, Grund- und Menschenrechte als Rechte aller Menschen gegen den Staat in einem ausgebildeten Sinne waren jedoch unbekannt.⁸ Von herausragender Bedeutung für die Entwicklung der Grundrechte sind neben der englischen Freiheitstradition insbesondere die nordamerikanischen Rechteerklärungen des 18. Jahrhunderts sowie die »Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen« der Französischen Revolution.

³ *Oestreich*, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten, S. 15 ff.; *Punt*, Die Idee der Menschenrechte, S. 17 ff.; *Schmale*, Archäologie der Grund- und Menschenrechte in der Frühen Neuzeit, S. 247 ff. et passim; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3/1, S. 57 ff. mit weiteren Nachweisen.; insbesondere zur Gewissensfreiheit *Scholler*, Die Freiheit des Gewissens, S. 13 ff.

⁴ Vgl. *Welzel*, Naturrecht und materiale Gerechtigkeit, S. 41; *M. Heckel*, Die Menschenrechte im Spiegel der reformatorischen Theologie, S. 33 ff.; *Hasso Hofmann*, Die Entdeckung der Menschenrechte, S. 13 f.; *Sedley*, Stoicism, S. 153 f.; *Forschner*, Stoa, Sp. 182 f.; *Oestreich*, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten, S. 17; *Kühnhardt*, Die Universalität der Menschenrechte, S. 43 ff.; *Stern*, HbGR I, § 1, Rn 7; *Schambeck*, HbGR I, § 8, Rn 10.

⁵ Genesis 1, 27 (wie alle folgenden Zitate in der Elberfelder Übersetzung in der revidierten Fassung nach der 8. Auflage der Standardausgabe, Wuppertal 2000): »Und Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, nach dem Bild Gottes schuf er ihn«; vgl. zu dieser Formel als Ausgangspunkt der historischen Entwicklung der Grundrechte statt vieler *Stern*, HbGR I, § 1, Rn 8; *Schambeck*, HbGR I, § 8, Rn 11. Zum frühchristlichen Menschenbild *Kühnhardt*, Die Universalität der Menschenrechte, S. 46; insbesondere zur Gottebenbildlichkeitsformel *Hafner*, Kirchen im Kontext der Grund- und Menschenrechte, S. 162 ff.; vgl. *Hasso Hofmann*, Die Entdeckung der Menschenrechte, S. 11 ff.

⁶ Paulus im Brief an die Galater 3, 28: »Da ist nicht Jude noch Grieche, da ist nicht Sklave noch Freier, da ist nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus«. Insgesamt zur Stoa und dem Christentum als Wegbereitern der Entwicklung der Menschenrechte *Ritter*, Ursprung und Wesen der Menschenrechte, S. 205; *Putz*, Christentum und Menschenrechte, S. 19 ff.; *W. Huber*, Gerechtigkeit und Recht, S. 234; *Kasper*, Theologische Bestimmung der Menschenrechte im neuzeitlichen Bewußtsein von Freiheit und Geschichte, S. 288 ff.; *ders.*, Festschrift Mikat, S. 99 ff.; *Starck*, EssGspr. 31 (1997), S. 16 ff. Zur christlichen Tradition der Menschenwürde vgl. beispielsweise *Schmidt-Jortzig*, DÖV 2001, S. 927.

⁷ Statt vieler *Oestreich*, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten, S. 18.

⁸ *Scheuner*, Festschrift E. R. Huber, S. 141 f.; *Bates*, Glaubensfreiheit, S. 197 ff.; *Ermacora*, Menschenrechte in der sich wandelnden Welt, S. 79 ff.; *Oestreich*, Geschichte der Menschen-

1. Die englische Freiheitstradition

Soweit im Mittelalter Rechte überhaupt anerkannt wurden, waren sie in aller Regel keine Rechte für jedermann. Sie waren den Mitgliedern der ersten beiden Stände vorbehalten, insbesondere Adligen. Nach Art. 39 der englischen »Magna Charta Libertatum«⁹ von 1215 durfte kein freier Mann ergriffen, gefangenegenommen, aus seinem Besitz vertrieben, verbannt oder sonst zugrunde gerichtet werden, es durfte nicht gegen ihn vorgegangen werden oder ihm nachgestellt werden, es sei denn, den Gesetzen des Landes gemäß oder aufgrund gesetzlichen Urteils seiner Standesgenossen.¹⁰ »Frei« in diesem Sinne war aber eben nicht jedermann, sondern waren nur Adlige.¹¹ In den folgenden Jahrhunderten gab es zunehmend Versuche, die Rechte der »Magna Charta Libertatum« durch Interpretation auf alle Engländer auszudehnen.¹² Diese Interpretation wurde durch die »Petition of Right«¹³ von 1628 bestätigt.¹⁴ Im 17. Jahrhundert wurden zunehmend »birth-rights« als fundamentale Rechte jeden Engländers behauptet, hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Schriften von Edward Coke¹⁵, William Penn¹⁶ und später William Blackstone¹⁷. Vereinzelt Gewährleistungen bestimmter Rechte wurden im Laufe der Ent-

rechte und Grundfreiheiten, S. 19; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3/1, S. 59 ff.; vgl. *Punt*, Die Idee der Menschenrechte, S. 25 ff.

⁹ Text auf Lateinisch bei *Wagner*, Magna Charta, S. 19 ff.; *Franz*, Staatsverfassungen, S. 498 ff.; Übersetzung ins Englische bei *Douglas/Rothwell*, English Historical Documents, Bd. 3, S. 316 ff.; Übersetzung ins Deutsche bei *Wagner*, a. a. O., S. 30 ff.; *Kyriazis-Gouvelis*, Magna Charta, S. 41 ff.; in Auszügen bei *Franz*, a. a. O., S. 499. Lateinisch und Deutsch bei *Willoweit/Seif*, Europäische Verfassungsgeschichte, S. 3 ff. Umfassend zur »Magna Charta« *Holt*, Magna Charta and Medieval Government; *Kyriazis-Gouvelis*, Magna Charta.

¹⁰ »Nullus liber homo capiatur vel imprisonetur aut disseisiatum aut utlagetur aut exuletur aut aliquo modo destruat nec super eum ibimus nec super eum mittemus nisi per legale iudicium parium suorum vel per legem terre«.

¹¹ *Oestreich*, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten, S. 25 ff.; *Ermacora*, Menschenrechte in der sich wandelnden Welt, Bd. 1, S. 80 f.; *Hasso Hofmann*, Die Entdeckung der Menschenrechte, S. 5 f.; *Pieroth*, Jura 1984, S. 570; *J. Ipsen*, Staatsrecht II (Grundrechte), Rn 3 f.; *Manssen*, Staatsrecht II – Grundrechte, Rn 3.

¹² Statt vieler *Stourzh*, Grundrechte zwischen Common Law und Verfassung, S. 71 f.; *Hasso Hofmann*, Die Entdeckung der Menschenrechte, S. 6. Vgl. *Schapp*, JZ 2003, S. 218 f.

¹³ Text auf Englisch bei *Kenyon*, The Stuart Constitution 1603–1688, S. 68 ff. Englisch und Deutsch bei *Willoweit/Seif*, Europäische Verfassungsgeschichte, S. 40 ff. Zu diesem Dokument vgl. insbesondere *Bohatec*, Die Vorgeschichte der Menschen- und Bürgerrechte in der englischen Publizistik der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, S. 269 ff.

¹⁴ *Pieroth*, Jura 1984, S. 572.

¹⁵ Zur Rolle Edward Cokes vgl. *Pound*, The Development of Constitutional Guarantees of Liberty, S. 42 ff., 55 ff.; *Bohatec*, Die Vorgeschichte der Menschen- und Bürgerrechte in der englischen Publizistik der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, S. 270 ff.; *Kriele*, Einführung in die Staatslehre, S. 95 ff.; *Ermacora*, Menschenrechte in der sich wandelnden Welt, S. 159.

¹⁶ Zu William Penn vgl. *Stourzh*, Grundrechte zwischen Common Law und Verfassung, S. 70 f.; *Pieroth*, Jura 1984, S. 572; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3/1, S. 78.

¹⁷ Vgl. insbesondere *Blackstone*, Commentaries on the Law of England, Bd. 1, S. 136 ff. Zum Einfluß Blackstones *G. Jellinek*, Allgemeine Staatslehre, S. 413; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3/1, S. 91.

Sachregister

- Abwägung *insbesondere* 198 ff.
– bei innentheoretischen Rechten 616 f.
– Rationalität 204 ff.
– und normative Dimension der Rechtswissenschaft 180
– und Prinzipien 195
– und Selbstverständnis 288 f., 604 ff.
– und Subsumtion 201 f.
– zwischen canones der Auslegung 201 f.
- Abwägungsgesetz
– erstes Abwägungsgesetz 199
– zweites Abwägungsgesetz 199, 214, 558 f., 691
- Abwägungslehre zum »allgemeinen Gesetz« 239, 497, 501, 527 f., 536, 605
- Abwägungslehre zum »für alle geltenden Gesetz« 604 ff.
- Abwägungspatt 213
- Abwägungsskeptizismus 209 f., 384 ff.
– radikaler 209, 606
– moderater 210
- Abwehrrechte
– Begriff des Eingriffs 237 f.
– Begriff des Schutzbereiches 237
– Begriff des Tatbestandes 236
– durch bindende Normen gewährt 220
– formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 240
– grundrechtliche Eingriffsermächtigung 238 ff.
– im formellen Sinne 244 f.
– im materiellen Sinne 243 f., 650 f.
– materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 241
– modale 247
– »Nichtdiskriminierungsfunktion« 248 f.
– Schutz auch der Modalität der Grundrechtsausübung 691
– als subjektive Rechte 227
– staatskirchenrechtliche 590 ff.
– Tatbestandstheorie, enge und weite 236 f., 381 ff.
– verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs 238 ff.
- Abweichler 403, 427
- aktueller/potentieller Grundrechtsfall 385 f., 619 f., 701
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 96, 107, 114, 136 f.
- allgemeine Handlungsfreiheit 100, 140, 433, 437 ff., 555, 582, 593, 596, 691
- allgemeine Regeln des Völkerrechts im Sinne von Art. 25 Satz 1 GG 104, 136
- allgemeiner Gleichheitssatz *siehe* Gleichheitssatz, allgemeiner
- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten 24 f., 592, 653
- Alterngrenze für Bezirksschornsteinfegermeister, Urteil zur 332 f.
- Amsterdamer Kirchenerklärung 165
- analytische Dimension 179
- »animal symbolicum«, Mensch als 470
- Anstaltsseelsorge 177, 319 f., 445, 592, 638, 647, 649 f., 651 f., 734 f.
- Anthroposophie 413
- Apostatentötung 440, 670
- Apostolischer Brief »Post Diuturnas« 78
- Apothekenurteil 583 f.
- Argumentationslast *siehe* Darlegungslast
- Arzneimittel-Transparenzlisten-Urteil 450, 452
- Aufgabenzuweisung 452
- Augsburger Religionsfriede 19 f., 726
- Augsburgische Konfession 19
- Ausgestaltung 128 ff., 164, 231 ff., 588, 616
– gebundene oder ungebundene 232 f.
– der unterverfassungsrechtlichen Rechtsordnung 233 f.
– »des Grundrechts« 231 ff.
- Ausstrahlungswirkung 250 f., 623
- Austauschmittel 169, 546 f., 560
- Austauschrelation oder -verhältnis 206, 214, 699
- Außentheorie *oder* außentheoretische Rechte 229, 615
- Autonomie 268 ff., 287
- Bagatellvorbehalt 447, 621
- Bahá'í-Beschluß 255, 339, 389, 656 ff.
- Barmer Theologische Erklärung 69
- Begräbnisriten 362 f., 717
- Bekennnisfreiheit 374, 376, 377 f., 381, 411, 495 f., 724
- Bereichscheidungslehre 601 f., 605
- »Berührung« eines Grundrechts 459

- Berufsfreiheit 435, 508, 583 f.
 Bestattungen, religiös geprägte 362 f., 717
 Bestimmtheitsgebot 240, 545
 »beneficium emigrandi« *siehe* »ius emigrandi«
 Bill of Rights von 1689 11
 Bill of Right von Virginia von 1776 13
 Bürgerschaftsmandats-Beschluß 602
 Breve »Quod aliquantum« 78
 Brokdorf-Beschluß 691
 bürgerliche und staatsbürgerliche Pflichten 500
 Bundes-Akte, Deutsche 25
 calvinistische Konfession 19, 21, 23, 726
 Charta der Vereinten Nationen 135 f.
 Charta Constitutionelle 18, 27
 »Christlicher Staat« 82
 Cluster von Prinzipien 698
 commemoratio dei 416
 Constitution of the Commonwealth of Pennsylvania 13 f.
 cuius regio eius religio 19, 22, 726
 Darlegungslast 404 ff., 555, 558 ff., 582 f., 738
 Darwinismus 413, 429
 Definitionsverbot 257, 264 f.
 Definitionsgebot 257, 264 f.
 Declaratio de Libertate Religiosa 81
 Demutsformel 416
 deontische Logik 182 f., 236
 destruktive Kulte 423
 devotio domestica simplex/qualificata 22
 »Deutsche Christen« im »Dritten Reich« 52
 Deutschengrundrechte 84, 109, 237, 659
 Diethylenglykol-Urteil des BVerfG 453 ff.
 Diethylenglykol-Urteil des BVerwG 450, 453 ff.
 Differenzierungsverbote *insbesondere* 703 ff.
 – absolute Deutung 704 ff.
 – Ämterpatronage, konfessionelle 724
 – als Verbote der rechtlichen Ungleichbehandlung 704 ff.
 – als Verbote der normativen Ungleichbehandlung 717 ff.
 – »Anknüpfungsverbot« 706
 – Begründungsrelation 709
 – Bevorzugung oder Benachteiligung 708
 – »Finalität« 707
 – gem. Art. 3 Abs. 3 Satz 1, 7. und 8. Fall GG 703 ff.
 – gem. Art. 33 Abs. 3 GG 721 ff.
 – »Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG 722
 – Gesetzesvorbehalt, fehlender 711
 – »Glaube« und »religiöse Anschauungen« als Differenzierungskriterien 704 f.
 – »im öffentlichen Dienst erworbene Rechte« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG 723
 – »Kausalität« zwischen verbotem Kriterium und Differenzierung 706, 709
 – »mittelbare Diskriminierung« 706 f., 721
 – Nachteilsverbot gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 2 GG 723
 – objektiver Zusammenhang zwischen verbotem Kriterium und Differenzierung 706 f.
 – Rechtfertigung einer verdächtigen Differenzierung 713 ff.
 – relative Deutung 711 ff., 725
 – »religiöses Bekenntnis« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG 723 ff.
 – selbständige Grundrechte gegenüber dem allgemeinen Gleichheitssatz 713
 – subjektiver Zusammenhang zwischen verbotem Kriterium und Differenzierung 707 f.
 – überholende Rechtfertigung der Differenzierung durch erlaubte Kriterien 707, 709 f., 713, 741
 – Umgehung verbotener Merkmale 706
 – »Verdächtigkeit« einer Differenzierung 712
 – »Vergleichbarkeit der Vergleichsgruppen« 710
 – Verhältnismäßigkeit 711
 – »Zulassung zu öffentlichen Ämtern« gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GG 722 f.
 – Zusammenhang von verbotenen und erlaubten Kriterien, kontingenter oder notwendiger 714 f.
 Dimensionen der Rechtswissenschaft 178 ff.
 Direktionsbefugnis des Arbeitgebers 628
 Diskriminierung 457
 Diskriminierungsverbot 164, 169f., 303 f., 491, 494, 499
 Doppelgewährleistung 348 f.
 Drei-Bereiche-Modell, semantisches 277
 Drittwirkung 95, 99, 113 f., 188, 250 f., 462, 623
 ecclesia spiritualis/universalis 675
 Eideszwang-Beschluß 251, 253, 281, 290, 403, 405 f., 425, 449, 652, 735
 Eigentum 233 f., 294 f., 314 ff., 587
 Eigentums, Inanspruchnahme fremden 440
 Eingriff *insbesondere* 237 f., 445 ff.
 – in Abwehrrechte 237 f., 445 ff.
 – in Gleichheitsrechte 238
 – in grundrechtliche Leistungsrechte 238, 587, 619, 621
 – *siehe auch* Eingriffsbegriff
 Eingriffs-Schranken-Schema 228, 230, 234 ff., 454, 615 ff.
 Eingriffsbegriff *insbesondere* 237 f., 445 ff.

- »Beeinträchtigung« 460
- »Berührung« 459
- grundrechtlicher/moderner 237 f., 447 ff., 460, 569, 572
- »herkömmlicher« 459
- im Rahmen der Konventionsrechte 153
- klassischer 237, 446 f., 459, 544, 569, 572
- Eingriffsermächtigung
 - Art. 9 Abs. 2 EMRK 154 f.
 - Art. 52 Abs. 1 EUGRCh 163
 - *siehe auch* grundrechtliche Eingriffsermächtigung
- Einheit der Verfassung 350 ff., 454, 513
- Einrichtungsgarantie 242, 312 f.
- einschränkbare Rechte 228 ff.
- Einschränkbarkeit, Symmetrie der 617
- Einschränkung
 - der Durchsetzbarkeit 227, 230, 614
 - inhaltliche 227, 230
 - kollektiver Güter 588
 - von Rechten 228 ff.
- Einzelfallgesetzverbot 240, 544 f., 590, 622
- Elfes-Konstruktion der Grundrechtprüfung 329 f., 333 f.
- empirische Dimension 179 f.
- Enzyklika »Libertas praetentissimum« 79
- Enzyklika »Mirari vos« 78
- Enzyklika »Mit brennender Sorge« 52
- Enzyklika »Pacem in terris« 80
- Enzyklika »Quanta cura« 79
- Erforderlichkeit 179, 205 f., 285, 546, 693, 699, *siehe auch* Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne
- Erlaubnisvorbehalt 244
- Ersatzdienst 560, 577, 581
- Ersatzdienstverweigerung 560, 582
- Europäische Menschenrechtskonvention 98, 138 ff.
 - Auslegungsgrundsätze 144 ff.
 - Beitritt der Europäischen Union 142 f.
 - Fakultativprotokolle 147, 157, 164
 - Glaubens- und Gewissensfreiheit 146 ff.
 - Individualbeschwerde 143
 - kollektive Glaubensfreiheit 148 f.
 - Kriegsdienstverweigerung, Recht der 152 f.
 - Rang in der deutschen Rechtsordnung 139 ff.
 - Religionsausübung gem. Art. 9 Abs. 1 EMRK 150 ff.
 - Staatskirchenrecht, Vorgaben für 154
 - Stellung im Gemeinschaftsrecht 142 f.
- Evidenzkontrolle 632, 716
- Existenzminimum 609, 610
- Existenzphilosophie 413
- Fangschaltungsbeschluss 580
- Federal Bill of Rights 14
- Finalität 446 f., 451
- finanzielle Förderung von Religionsgemeinschaften 640 ff.
 - »flirty-fishing« 440
- Formalparität 717 ff., 727
- formelle Schutzwirkung der Grundrechte 230, 240, 448
- forum internum 149 f., 436, 564 ff.
- Frankfurter Dokumente 55
- Frankfurter Reichsverfassung 28 ff., 490, 653, 727
- Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte 15 ff., 107, 109
- Französische Revolution und Religionsfreiheit 16
- Freiheit *insbesondere* 184 ff.
 - bewehrte/unbewehrte 192
 - faktische 185
 - Gegenstand 184 ff.
 - Hindernis 185 ff.
 - rechtliche 185, 192
 - *siehe auch* Freiheit, negative und positive Freiheit, negative und positive 152, 184 ff., 736
 - philosophische Unterscheidung 184 ff., 269
 - grundrechtsdogmatische Unterscheidung 186 ff.
 - Verhaltensform des Freiheitshindernisses 187 ff.
 - Verhaltensform des Freiheitsgegenstandes 189 ff.
- Freiheitsgegenstand 184 ff.
- Freiheitshindernis 185 ff.
- Freiheitsrecht, allgemeines nach Kant 130, 524
- Freiheitsrechte *siehe* Abwehrrechte
- Freistellung, normenlogische 186
- Frühkonstitutionalismus, deutscher 26 ff.
- Folgenbeseitigungsanspruch 244, 246
- Fünfzigerausstoß 30
- Funktionsfähigkeit der militärischen Verteidigung 514
- Geeignetheit 179, 205, 546, 606, 693, 699, *siehe auch* Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne
- Gefängnisseelsorge 650, *siehe auch* Anstaltsseelsorge
- Geistliche, Berufung im Rahmen der Anstaltsseelsorge 734
- »Geistlichenprivileg« im Wehrrecht 646 f.
- Geltung *insbesondere* 85 f.
 - moralische 85 f.
 - rechtliche 86
 - rechtliche, und Bindung 221
 - soziale 86, 221, 613

- Geltungsverlust der Rechtsordnung, Befürchtung des 274, 289 f.
- Gemeindeteilungsbeschuß 253
- Generalklausel, ordnungsbehördliche 626 f.
- Gentechnik-Anlagen-Beschluß des VGH Kassel 624
- Gesetz über die religiöse Kindererziehung 364 ff.
- Gesetze als absolute Grenze der Grundrechtsausübung 491 ff., 501 f., *siehe auch* Grundrechte im Rahmen der Gesetze
- Gesetzesvorbehalt 238 f.
- allgemeiner oder einfacher Gesetzesvorbehalt 238, 484, 488, 498, 508, 511, 520 f., 524, 535 f.
 - der Gewissensfreiheit 573
 - der Glaubensfreiheit 526 ff., *insbesondere* 540 ff.
 - des Kriegsdienstverweigerungsrechts 589 f., 740
 - des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts 606
 - Gebot der weiten Fassung 539
 - geschriebener oder ungeschriebener 239 f.
 - qualifizierter Gesetzesvorbehalt 239, 535
 - Vorbehalt des allgemeinen Gesetzes 239, 484, 488, 496 ff., 512, 536 f., 543
 - Vorbehalt »des für alle geltenden Gesetzes« 488, 599 ff.
 - *siehe auch* Vorbehalt des Gesetzes
 - *siehe auch* grundrechtliche Eingriffsermächtigung
- Gesundbeterbeschuß 506
- Gewichtsformel 199
- Gewissensbegriff 551 ff.
- autonomer 551
 - heteronomer 551
 - intuitionistischer 551
 - neutraler 554
 - normativer 551
- Gewissensfreiheit *insbesondere* 548 ff.
- allgemeinen Handlungsfreiheit, Abgrenzung zur 555
 - als gegenständlich unbegrenztes Grundrecht 554 f.
 - als individuelles Grundrecht 550
 - als Schutzgut der öffentlichen Sicherheit 626 f.
 - als soziales Grundrecht 634 ff.
 - Begrenzung auf die eigene Verantwortungssphäre 568 ff.
 - Darlegungslast 555, 558 ff.
 - Direktionsbefugnis des Arbeitgebers 628
 - Eingriff 572
 - Ersatzdienstverweigerung 582
 - forum internum/externum 564 ff.
 - Gesetzesvorbehalt, ungeschriebener einfacher 573
 - Gewissen des Abgeordneten gem. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG 564
 - Gewissensnot 555 ff.
 - Glaubensfreiheit, Verhältnis zur 399, 561 ff., 740
 - handlungsbezogene Deutung 553 f.
 - »lästige Alternative« 559 f.
 - negative 567 f.
 - Positivierung von Moral 563
 - Rationalität der Gewissensentscheidung 557 f.
 - Reduktion der Glaubens- und Gewissensfreiheit auf die Gewissensfreiheit 356 f.
 - religiöse Begründung der Gewissensentscheidung 561 f.
 - »Rüstungsbetrieb«, Arbeit im 628 f.
 - Schrankendifferenz zur Glaubensfreiheit 504
 - Schutz von Handeln und Unterlassen 566 f.
 - Schutzbereich, personeller 549 f.
 - Schutzbereich, sachlicher 550 ff.
 - sozialistische Deutung 54
 - Steuerverweigerung aus Gewissensgründen 568 ff.
 - Träger 149
 - und Selbstverständnis 554
 - »venire contra factum proprium« 570 ff.
 - weite Tatbestandstheorie 548, 564, 565
 - zivilrechtlicher Schutz 627 f.
 - zustandsbezogene Deutung 553 f.
 - *siehe auch* Gewissensbegriff
- Glaube *siehe* Religion
- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- als internationales Grundrecht 135 ff.
 - als grundrechtliches Schutzrecht 623 ff.
 - als Landesgrundrecht 166 ff.
 - als Menschenrecht 114 ff.
 - als supranationales Grundrecht 156 ff.
 - besonderer Menschenwürdegehalt 270 f., 287, 363, 387, 553
 - im Augsburger Religionsfrieden 19 f.
 - im »Dritten Reich« 50 ff.
 - im Preußischen Allgemeinen Landrecht 24 f.
 - im revolutionären Frankreich 15 f.
 - im Westfälischen Frieden 20 ff.
 - in der Europäischen Menschenrechtskonvention 146 ff.
 - in der »DDR« 52 ff.
 - in der Paulskirchenverfassung 36 f.
 - in der revidierten preußischen Verfassung 37 ff.
 - in der Theorie von John Rawls 124 ff.
 - in der Weimarer Reichsverfassung 47 ff.

- unter der Deutschen Bundes-Akte 25 ff.
- *siehe auch* Gewissensfreiheit
- *siehe auch* Glaubensfreiheit
- Glaubensfreiheit im Reich 21, 727
- Glaubensfreiheit
 - als einheitliches und umfassendes Grundrecht 354, 359, 360, 373 ff., 436, 445, 548, 724, 737
 - als »Doppelgrundrecht« 371 f.
 - als grundrechtliches Schutzrecht 593, 623 ff., 607 f., 740
 - als Jedermanngrundrecht 361
 - als Recht auf Organisation und Verfahren 610 f., 652 ff., 740
 - als Schutzgut der öffentlichen Sicherheit 626 f.
 - als soziales Grundrecht 609 f., 634 ff., 740
 - Begrenzung auf das Christentum 414 ff.
 - Begrenzung auf das forum externum 436
 - Begriff des Glaubens *siehe* Religionsbegriff
 - Bestimmtheitsgebot 545
 - Eingriff in die 445 ff.
 - Einzelfallgesetzverbot 544 f.
 - Gebetspausen im Arbeitsverhältnis 629
 - Gesetzesvorbehalt, ungeschriebener einfacher 526 ff., *insbesondere* 540 ff.
 - juristischer Personen 370 ff.
 - kollektive Dimension 444 f.
 - Loyalitätspflichten im Arbeitsverhältnis 629
 - Mitgliedschaft in Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften 669 ff.
 - natürlicher Personen 361 ff.
 - negative 436 ff., 591, 593
 - Religionsmündigkeit 364 ff.
 - Schutzbereich (Zusammenfassung) 445
 - Schutzbereich, personeller 361 ff.
 - Schutzbereich, sachlicher 373 ff.
 - Schutzpflichten *siehe* als grundrechtliches Schutzrecht
 - strafrechtlicher Schutz 624 ff.
 - Tatbestandstheorie, enge oder weite 381 ff.
 - Verhältnis zur Gewissensfreiheit 561 ff., 740
 - Wesensgehaltsgarantie 547
 - Wesentlichkeitstheorie 545
 - zivilrechtlicher Schutz 627 f.
 - Zitiergebot 542 ff.
 - *siehe auch* Religionsausübung
 - *siehe auch* Religionsbegriff
- Glaubenszweiheit im Reich 19, 726
- Gleichbehandlung *insbesondere* 680 ff.
- aktbezogene 680
- folgenbezogene 680
- formale/materiale 718
- komparative Dimension 696
- normative 282, 696
- gleicher Zugang zu Ämtern 303 f., 722 f.
- Gleichheit
 - Chancengleichheit 681
 - faktische 680 ff., 698
 - normative 282, 698 ff., 735
 - rechtliche 680, 697 f.
 - rechtliche Gleichheit als »Wert an sich« 698
 - und religiöses Selbstverständnis 275, 281 f., 718 f., 730, 735
- Gleichheit der Rechtsanwendung 555
- Gleichheitsformel des Paulus 9
- Gleichheitsprinzipien 682
 - Prinzip der faktischen Gleichheit 682 ff., 701
 - Prinzip der rechtlichen Gleichheit 682, 694, 698 f., 701
- Gleichheitsrechte 246 ff.
 - als derivative Leistungs- oder Teilhaberechte 250
 - als einschränkbare Rechte 248, 686 ff.
 - als materielle Abwehrrechte 247
 - als modale Abwehrrechte 247 f.
 - als modale Leistungsrechte 248
 - als subjektive Rechte 227, 679 f.
 - Begriff des Eingriffs 238
 - Begriff des Tatbestandes 236
 - durch bindende Normen gewährt 220
 - formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 240
 - grundrechtliche Eingriffsermächtigung 239
 - materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 241
 - spezielle *siehe* Differenzierungsverbote
- Gleichheitssatz, allgemeiner *insbesondere* 679 ff.
 - Abwägung von Gewicht der Differenzierung und Gewicht der rechtfertigenden Unterschiede 692
 - aktuelle/potentielle Grundrechtsfälle 701
 - durch bindende Normen gewährt 220, 679
 - Eingriffs-Schranken-Schema 686 ff.
 - Erforderlichkeitsprüfung 699
 - faktische Gleichheit als Bestandteil 682 ff.
 - Geeignetheitsprüfung 699
 - Gestaltungsspielraum 689 ff.
 - Gleichbehandlungsgebot 684
 - »mittelbare Diskriminierung« 706 f., 721
 - »Neue Formel« 249, 688 f.
 - »Neue Variante der Neuen Formel« 689 ff.
 - »Normadressatenformel« 688
 - »Paradox der Gleichheit« 682 f., 701
 - prima facie-Gebot der normativen Gleichheit als Prinzipiencluster 697 ff.

- prima facie-Gebot der normativen Gleichheit, Reduktion auf 695 ff.
- prima facie-Gebot der rechtlichen Gleichbehandlung 694 ff.
- Rechtsfolge 248, 702
- Rechtsanwendungsgleichheit 679
- Rechtsetzungsgleichheit 679
- als subjektives Recht 227, 679 f.
- Verhältnismäßigkeitsprüfung 692 f., 699 und Einzelfallgesetzverbot 545
- Ungleichbehandlungsgebot 685 f.
- »Willkürformel« 688, 716
- Willkürverbot, allgemeines 248
- *siehe auch* Gleichheit, faktische, normative, rechtliche
- *siehe auch* Gleichbehandlungsgebot
- *siehe auch* Ungleichbehandlungsgebot
- Gliedschaft, konsekratorische, konstitutionelle, tätige 675
- Glockengeläut 420, 449
- Gottebenbildlichkeitsformel 9
- Gotteslästerung als Straftatbestand 625
- Gottessvorstellung 397, 412
- Grund- und Menschenrechte 8
- Grundpositionen, rechtliche 182 ff.
- Grundrechte
 - als höchstrangige Rechte 100, 102 f., 104 f.
 - als naturrechtliche Rechte 33, 106 ff.
 - als Prinzipien *insbesondere* 202 ff.
 - als Programmsätze 219, 575, 613
 - als Rechte gegen den Staat 95, 99, 102
 - als objektive Wertentscheidungen 210, 222, 228, 241, 608, 613, 645
 - als subjektive Rechte 222 ff., 613 ff.
 - als staatlich konstituierte Rechte 33 f., 107
 - als transformierte Menschenrechte 91 ff.
 - als vorstaatliche Rechte 106 ff.
 - Ausstrahlungswirkung 250 f.
 - Begriff 15, 90 ff.
 - definitive 230
 - Drittwirkung 95, 99, 113 f., 188, 250 f., 462, 623
 - durch bindende Normen gewährte Rechte 100 f., 105, 219 ff., 531 f., 613
 - Einrichtungsgarantie 242, 312 f.
 - Grundrechtsfunktionen 241 ff.
 - »im Rahmen der Gesetze« 45, 494, 533, 599, *siehe auch* Gesetze als absolute Grenze der Grundrechte
 - Institutsgarantie 242, 312 f., 515
 - internationale 87, 90, 97 f., 109
 - klassifizierende Eigenschaften 102 ff.
 - qualifizierende Eigenschaften 102 ff.
 - supranationale 87, 90, 97 f.
 - Transformation der Menschenrechte als Ideal 94, 102
 - *siehe auch* Abwehrrechte
- *siehe auch* Gleichheitsrechte
- *siehe auch* grundrechtliche Leistungsrechte
- Grundrechtcharta der EU 160 ff., 531
- Grundrechtegesetz von 1848 31
- grundrechtliche Eingriffsermächtigung 238, 482
 - Gebot der weiten Fassung 539
 - geschrieben/ungeschrieben 239 f.
 - schlicht/qualifiziert 238 f.
 - bei Abwehrrechten 238 ff.
 - bei der Gewissensfreiheit 573
 - bei der Glaubensfreiheit 526 ff., *insbesondere* 540 ff.
 - bei der Freiheit der Kriegsdienstverweigerung 583 ff.
 - bei Gleichheitsrechten 239
 - bei grundrechtlichen Leistungsrechten 621
 - grundrechtliche Leistungsrechte *insbesondere* 245 ff., 607 ff.
 - als einschränkbare Rechte 615 ff.
 - als originäre Leistungs- oder Teilhaberechte 249
 - als positiv absolute Ziele 541
 - als subjektive Rechte 227, 613 ff.
 - Tatbestand 236, 618 ff.
 - durch bindende Normen gewährt 220, 613
 - Eingriff 238, 619, 621
 - formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 240, 621 f.
 - grundrechtliche Eingriffsermächtigung 621
 - im formellen Sinne 246 f., 650
 - im materiellen Sinne 245 f., 652
 - im Rahmen der EMRK 153
 - materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 241, 622
 - praktische Grenze des Tatbestandes 619 f.
 - Struktur 612 ff.
 - Tatbestandstheorie, enge oder weite 618 ff.
 - und Einrichtungsgarantien 312 f.
 - grundrechtsähnliche Rechte 106
- Grundrechtsbegriff
 - des Grundgesetzes 106
 - formeller 91 f., 322
 - materieller 92 ff.
 - prozeduraler 100, 103
- Grundrechtsbestimmung 181
- Grundrechtsbindung 100 f., 105, 219 ff., 531 f., 613
 - Abwehrrechte 220
 - amerikanische Tradition der Deutung von Rechteerklärungen als justitiable Dokumente 219
 - französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte als bloß philosophische Deklaration 15, 219

- Gleichheitsrechte 220, 679
- grundrechtliche Leistungsrechte 220, 613
- im Grundgesetz 220
- in der Paulskirchenverfassung 34 f.
- in der Weimarer Verfassung 45 f.
- klassifizierende Dimension 220 f.
- qualifizierende Dimension 220
- und rechtliche Geltung 221
- Grundrechtsdimensionen *siehe* Grundrechtsfunktionen
- Grundrechtseingriff *siehe* Eingriff
- Grundrechtsfall, aktueller/potentieller 385 f., 619 f., 701
- Grundrechtsfunktionen 241 ff.
- Abwehrrechte 243 ff.
- formelle Unterscheidung von Abwehr- und Leistungsrechten 244 f., 246, 595, 737
- Gleichheitsrechte 246 ff.
- grundrechtliche Leistungsrechte 245 ff., 607 ff.
- materielle Unterscheidung von Abwehr- und Leistungsrechten 243 f., 245 f., 595, 737
- grundrechtsgleiche Rechte 106, 322, 513
- Grundrechtsindividualismus 614
- Grundrechtsmündigkeit 364
- Grundrechtsnorm 181
- als bindende Norm 219 ff., 525 f.
- interpretativ zugeordnete 182, 608, 609, 616
- Grundrechtsschranke *siehe* Schranke
- Grundrechtssubjektivismus 256, 263, 277, 286, 479
- Grundrechtstatbestand, Begriff des 236, 229, 236, 448
- »Grundrechtsverstärkung« 441 ff.
- Güterabwägung *siehe* Abwägung
- Habeas-Corpus-Act 11
- Häresie 72 f.
- Hare Krishna 647
- Hausandacht 20, 22
- Haushaltskompetenz des demokratisch legitimierten Gesetzgebers 635, 683
- Heckelsche Formel 600 f.
- Heidelberger Versammlung 29
- Heiliger Krieg 440
- Herrnchiemseer Verfassungskonvent 56 f., 343, 375, 531 ff.
- Hinduismus 424
- hinkende Trennung von Staat und Kirche 50, 297
- Hypertrophie der Glaubensfreiheit 274, 280 f., 380 f.
- Imago-Dei-Formel 9
- »immanente Schranken«, Lehre von den 505, 508
- Imperativität 446
- Indifferente Personen 437 ff.
- Individualbeschwerde
 - nach Art. 34 EMRK 143
 - nach IPBPR 138
- informationelle Selbstbestimmung 591
- Innentheorie *oder* innentheoretische Rechte 229 f., 615
- Innentheorie und Abwägung 616 f.
- Institutsgarantie 515, 595, *siehe auch* Einrichtungsgarantie
- institutionelle Handlung 193, 593, 595 f.
- Intensität des Eingriffs
 - als Kriterium für die Bestimmung der Kontrolldichte 632 f.
 - als Kriterium für das Maß der Darlegungslast des Grundrechtsträgers 558 f.
 - als Schwellenkriterium für den Eingriff 447, 451
- Interesstheorie 223
- internationale Grundrechte 87, 97 f.
- invocatio dei 162, 416
- IPBPR 137 f.
- ius emigrandi 19 f., 22
- ius reformandi 19 f., 22, 726
- Jedermann-Formel 602 f.
- Jedermanngrundrechte 84 f., 109, 237
- Jugendreligionen *oder* -sekten 423, 450, 458
- »Jurisdiktionsstaat«, verfassungsgerichtlicher 211
- »Justice as Fairness« von John Rawls 117 ff.
- Ausgestaltung von Grundfreiheiten 128 f., 130 f.
- Differenzprinzip 121
- Faktum des Pluralismus 118
- freistehende Konzeption 123
- Gerechtigkeitsgrundsätze 121
- Glaubens- und Gewissensfreiheit, fundamentale Bedeutung bei Rawls 125 ff.
- Grundgüter 120 f.
- Grundfreiheiten 120 f., 128 ff.
- Grundrechte bei Rawls 120
- kollektive Güter als Schrankengründe 131 ff.
- Konkretisierung der Gerechtigkeitsgrundsätze über vier Stufen 122
- liberale Konzeption der Person 120
- Maximin-Regel 121
- Menschenrechte bei Rawls 126, 132 f.
- politische Theorie der Gerechtigkeit 123
- Priorität der Grundfreiheiten, absolute und relative 133 f.
- Schleier der Unwissenheit 120
- Selbsteinschränkung von Grundfreiheiten 129
- Theorie des Völkerrechts 124
- überlappender Konsens 122 f.

- Überlegungsgleichgewicht 122, 124
- umfassende Lehren religiöser, philosophischer oder moralischer Natur 118, 123, 127
- Urzustand 120 ff., 124
- »Kalifatsstaat« 659
- Keynesianismus 413
- Kindstaufe 670 ff.
- Kirchenartikel *siehe* Staatskirchenartikel
- Kirchenbaulast 316
- Kirchengutsgarantie 295, 314 ff.
- Kirchenaustritt 596, 674 ff.
 - Kirchenaustrittsgesetze 675
 - Wirkung des Kirchenaustritts nach staatlichem und kirchlichem Recht 675 f.
 - Zeitpunkt der Wirksamkeit 677 f.
 - Zusätze zur Austrittserklärung vor staatlichen Behörden 676
- klassifizierende Eigenschaft/Dimension 102 ff., 220
- Koalitionsfreiheit 507
- koedukativer Sportunterricht 449
- Körperschaft des öffentlichen Rechts *insbesondere* 660 ff.
 - »Abendlandvorbehalt« 665
 - altkorporiert/neukorporiert 308
 - Ausdruck der Anerkennung von Kirchen als wichtige Faktoren des öffentlichen Lebens 660 f.
 - Besteuerungsrecht 639, 661 f.
 - Dienstherrenfähigkeit 662
 - »Dignität« 665 f.
 - Disziplinargewalt 662
 - Einrichtungsgarantie 312 f.
 - formelle/materielle Eingliederung in den Staat 667
 - geboren/gekoren 308
 - »Gewähr der Dauer« 664 f.
 - Grundrechtsdienlichkeit des Status 310 ff., 445, 611, 661, 663, 664, 668 f., 740
 - landesverfassungsrechtliche Bestimmungen 176
 - »Loyalität zum Staat« 668
 - Organisationsgewalt 662
 - Parochialrecht 662
 - Privilegien 298, 639
 - »Privilegienbündel« 662
 - Recht auf Verleihung des Status 309 ff., 654
 - Recht auf Feststellung des Status 308 f.
 - »Rechtstreue« 666 ff.
 - Schutzbestimmungen für Amtsbezeichnungen, Titel, Würden etc. 662
 - Status 307, 311 ff., 660 ff.
 - Vereidigungsrecht 662
 - Voraussetzungen des Erwerbs des Status 664 ff.
- Widmung von öffentlichen Sachen, Kompetenz zur 662
- Kohärenz 207, 350 f., 430
- Kollisionsargument 383 ff., 565
- Kolonialcharten 11 f.
- Kompetenz-Kompetenz 274, 279 f.
- Kompetenzen 192 ff., 593 ff.
 - Rechte auf 594 f., 654
 - verfassungsunmittelbare 594, 654
- konfessionell gebundene Professur 732 ff.
- konfessionsgebundenes Staatsamt 731 ff.
- Konfirmation 671
- Konkordate 177
- Konkordatslehrstühle 733
- Konkretisierungen im Sinne der Prinzipientheorie *siehe* Cluster von Prinzipien
- Konkursausfallgeld-Beschluß 255
- Konnexität, objektive, zwischen Auffassung und Praxis 406 f.
- Konsistenz 350 f., 430 f.
- konstituierte Rechtsposition, grundrechtlicher Schutz 245 f., 595
- Konstitutionalismus, mitteleuropäischer 26
- Konstruktionstheorie/normative Theorie 382, 441, 619
- Kontrollintensität im Rahmen der Urteilsverfassungsbeschwerde 632
- Konzeption des Guten 69
- Konzessionssystem für die rechtliche Anerkennung religiöser Vereinigungen 653
- Koordinationslehre 271 f., 603
- Kopftuch der Lehrerin 462, 464, 467 ff., 715, 725
- Kopftuch-Urteil 462, 464, 467 ff.
- Korrelatentheorie 50
- Krankenhausseelsorge 650, *siehe auch* Anstaltsseelsorge
- Kriegsdienstverweigerung, Freiheit der 152, 548, 564, 573 ff., 740
 - als »echtes Grundrecht« 574 f.
 - als selbständiges Grundrecht 358, 573
 - Darlegungslast 582 f.
 - Eingriff 583
 - Ersatzdienst 560, 577, 581
 - Ersatzdienstverweigerung 560, 582
 - für Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten 574, 577
 - Gesetzesvorbehalt, einfacher 589 f., 740
 - Geistlichenprivileg 646 f.
 - Gewissensbegriff des Art. 4 Abs. 3 GG 578
 - grundrechtliche Eingriffsermächtigung 583 ff.
 - in der Europäischen Menschenrechtskonvention 152 f., 574
 - »Kernbereich des Kriegsdienstes« 576 f.

- »Kriegsdienst mit der Waffe« gem. Art. 4 Abs. 3 GG 576 f.
- Nachweisanforderungen als Eingriff 587
- Regelungsvorbehalt 583 ff., 589
- Schutzbereich, personeller 575 f.
- Schutzbereich, sachlicher 576 ff.
- situationsbedingte/prinzipielle Kriegsdienstverweigerung 578 ff., 740
- Spezialfall der Gewissensfreiheit 358, 564, 573 f., 581
- Verfahrensvorbehalt 231, 584 ff.
- Kriegsdienstverweigerungsbeschluß 506
- Kriegsdienstverweigerungsneuordnungsurteil 521 f., 579
- Kruzifix-Beschluß 462 ff., 623, 636 f.
- Bedeutung des Kruzifixes als Symbol 465 f.
- »Leitsatzberichtigung« 463
- Sondervotum Seidl, Söllner und Haas 466 f.
- Kruzifix-im-Gerichtssaal-Beschluß 254, 464 f.
- Kunsthfreiheit 252, 483, 506
- Kulturadäquanzformel 421 ff.
- Kulturförderung 645
- Kulturprotestantismus 83
- lästige Alternative 169
- Laizismus, Laizität 16, 287
- Leistungsrechte
 - derivative 250
 - originäre 249
- Leistungsrechte, grundrechtliche *siehe* grundrechtliche Leistungsrechte
- Logik 182 f., 236
 - deontische Logik 182 f., 236
 - Prädikatenlogik 183, 236
- Lohnsteuerkarte, Angabe der Konfessionszugehörigkeit 592
- Loyalitätspflicht-Beschluß 255
- Lüth-Urteil 243, 632
- Lumpensammler-Beschluß 253, 434
- Märzforderungen 29
- Magna Charta Libertatum 10
- Mailänder Toleranzedikt 73 f.
- Manichäismus 409 f.
- Mannheimer Vollversammlung 29
- Marxismus 413
- Materialparität 717 ff., 727
- Mehrheitsentscheidung über Kruzifix 463
- Meinungsfreiheit 474, 496, 575, 605
- Menschenbild des Grundgesetzes 269 f., 529
- Menschenopfer 420, 440
- Menschenrechte *insbesondere* 85 ff.
 - als legale Rechte im kantischen Sinne 95
 - als moralische Rechte 85 ff., 115
 - als Rechte »erga omnes« 87, 95, 99
 - Begriff 85 ff.
- Begründung 115 ff.
- bei John Rawls 126, 132 f.
- der »Dritten Generation« 90
- Durchsetzung, defizitäre 96
- im Sinne von Art. 1 Abs. 2 GG 108 ff.
- relative 88
- Transformation zu Grundrechten 95
- unmittelbare Drittwirkung 95
- *siehe auch* Rechte
- Menschenrechten, Bekenntnis zu den, gem. Art. 1 Abs. 2 GG
 - als Staatszielbestimmung für die Außenpolitik 114
 - Gebot der menschenrechtsfreundlichen Interpretation der Grundrechte des Grundgesetzes 112 f.
 - Inkorporation internationaler Grundrechte in das Grundgesetz 112
 - menschenrechtliches Minimum der Grundrechte des Grundgesetzes 111
 - positivrechtliche Stiftung des Zusammenhanges zwischen Recht und Moral 110 f.
 - und unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte 113 f.
- menschenrechtliche Richtigkeit, Anspruch auf 110
- Metrisierung *siehe* Skalierung
- Menschenwürde 270 f., 287, 363, 387, 521
 - Einschränkung 235, 486, 508, 536
 - als Grundrecht 269
 - und Selbstbestimmung 269 ff.
- Militärseelsorge 319 f., 647, 649, *siehe auch* Anstaltsseelsorge
- Mindestpositionen, definitive *siehe* innentheoretische Rechte
- Mindestpositionstheorie 217 ff.
- Mission/Missionierung 428, 430, 437, 439
- Mitbestimmungsurteil 632
- Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften 669 ff.
 - Auseinanderfallen nach kirchlichem und staatlichem Recht 672, 675, 740
 - freiwillige Angabe und Weitergabe 592
 - Kindstaufe 670 ff.
 - Pflicht zur Angabe 591 f.
 - Regelung in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften 669
 - Wirkung des Kirchenaustritts nach staatlichem und kirchlichem Recht 675 f.
 - *siehe auch* Kirchenaustritt
- Modalität von Handlungen, Grundrechtsschutz der 128 f., 691
- monotheistische/polytheistische Konzeptionen 412
- Mülheim-Kärlich-Beschluß 514

- Muezzin, Ruf des *siehe* Ruf des Muezzin
 Nachteilsverbot gem. Art. 33 Abs. 3 Satz 2
 GG 723
 Nationalsozialismus, Kirchen im 51 f.
 Nationalversammlung 1848–49 29
 Naturrecht, Periode der Renaissance des 107
 Neutralität, religiös-weltanschauliche 265 ff.,
 278, 287, 417, 422, 424, 457, 464, 476, 547,
 596, 635, 736
 Nichtpositivismus *siehe* Rechtsbegriff
 »nihil obstat« 647, 734
 »nobile officium« des BVerfG 333, 338
 Nominalismus 259
 Norddeutscher Bund 39, 490
 Normaljahr 22, 726
 normative Dimension 180
 normative Theorie *siehe* Konstruktions-
 theorie
 Normbegriff
 – geltungsfreier/nicht geltungsfreier 182
 – semantischer 181 f.
 Normenkontrolle, abstrakte 333
 Normenkontrolle, konkrete 333, 615, 630 f.
 – als Verfahren des objektiven Rechtsschut-
 zes 615
 – Vorlage gesetzgeberischen Unterlassens
 630 f.
 Normsatz 181 f.
 objektivrechtliche Dimension der Grund-
 rechte 210, 222, 228, 241, 608, 613, 645
 Ordoliberalismus 413
 Ordnung 206 ff., 288
 – kardinale 208, 288
 – ordinale 206, 208, 288
 Organisation und Verfahren, grundrechtli-
 che Rechte auf *siehe* Rechte auf Organisa-
 tion und Verfahren
 Osho-Beschluß des BVerfG 448, 456 ff.
 Osho-Urteil des BVerfG 450 ff.
 »Paradox der Gleichheit« 682 f., 701
 Pareto-Optimalität 205
 Parität 717 ff., 726 ff., 730
 – der Religionsgemeinschaften 726 ff.
 – der Individuen 730 ff.
 – Formalparität/Materialparität 717 ff., 727
 – gestuftes System 727
 – »Gleichheit des Angebots« 729
 – System des Grundgesetzes 728 ff.
 – Verortung im Grundgesetz 728
 Parlamentarischer Rat 57 ff., 343 ff., 503 f.,
 532 ff., 565, 721
 Parlamentsvorbehalt *siehe* Wesentlichkeits-
 theorie
 Parochialrecht 662
 Paulskirchenverfassung *siehe* Frankfurter
 Reichsverfassung
 Persönlichkeitsrecht, verfassungsrechtliches
 allgemeines 251 f., 485 f., 553, 591
 Persönlichkeitsrecht, zivilrechtliches allge-
 meines 627
 Petition of Right 10
 Platonismus 259
 Plausibilitätskontrolle 632
 Positivismus *siehe* Rechtsbegriff
 politische Betätigung 435 f.
 Polizeiseelsorge 650, *siehe auch* Anstaltsseel-
 sorge
 postmortaler Glaubensschutz 362 f.
 Präambel
 – des Entwurfes einer Verfassung für
 Europa 165
 – der Grundrechtecharta 162
 – des Grundgesetzes 113, 414 ff., 529
 – landesverfassungsrechtliche 175
 Prädikatenlogik 183, 236
 Präformationsmodell 228, 230, 694
 Präjudizienbindung 158, 207
 präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt
 244
 preußische Verfassung, oktroyierte 37 ff.,
 490
 preußische Verfassung, revidierte 37 ff., 490,
 495
 preußisches Religionspatent *siehe* Toleranz-
 edikt
 principium diiudicationis/executionis 408
 Prinzip
 – Abwägungsgesetz, erstes 199
 – Abwägungsgesetz, zweites 199, 214,
 558 f., 691
 – als Optimierungsgebote bzw. zu optimie-
 rende Gebote *insbesondere* 197
 – der faktischen Gleichheit 682 ff., 701
 – der rechtlichen Gleichheit 682, 694, 698 f.,
 701
 – Cluster von Prinzipien 698
 – Dimension des Gewichts 198
 – Festsetzungsgehalt 200 f.
 – formelles 214 f., 683, 702
 – Gewichtsformel 199
 – grundrechtliche Prinzipien als Rechtsnor-
 men 98, 203
 – Grundrechte als 202 ff.
 – konkretes Gewicht 199
 – »Konkretisierung« 698
 – Kollision von Prinzipien 198 f.
 – Kollisionsgesetz 199
 – Optimierungsgegenstand 197, 214
 – prima facie-Sollen 198
 – »Regelebene« von Prinzipien 201
 – Stützungsprinzipien von Regeln 200
 – und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 199
 – *siehe auch* Prinzipientheorie

- Prinzipientheorie 195 ff.
 - als Strukturtheorie 206 f.
 - Übereinstimmungsthese 196
 - schwache Trennungsthese 196
 - starke Trennungsthese 197
- Prinzipienkollision 198 f.
- Priorität
 - der Grundrechte 100 ff.
 - der Menschenrechte 89
- Programmsatz 219, 575, 613
- Proselytenmacherei 24
- Prozedur, Gedanke der 610
- Prozesskostenhilfe 682
- Prüfungsrecht, richterliches 46 f.
- Psychoanalyse 413
- qualifizierende Eigenschaft/Dimension 102 ff., 220 f.
- Radbruchsche Formel 86
- Rahmenordnung 211
- Realismus 260
- Rechte
 - abstrakte 88, 99
 - als rechtliche Grundpositionen 182 ff.
 - »an sich« 229
 - außentheoretische 229
 - bloße prima facie- 229
 - eingeschränkte 229
 - »erga omnes« 87, 95, 99, 113
 - definitive 229
 - fundamentale 89, 99 f.
 - höchstrangige 100
 - individuelle 90, 101
 - innentheoretische 229 f.
 - mit Priorität gegenüber dem Recht 89 f.
 - mit Priorität im Rechtssystem 100
 - moralische 85 ff.
 - positivrechtliche 98
 - prima facie 229
 - subjektive 222 ff.
 - universelle 87 f.
- »Recht auf alles« 618
- Rechte auf etwas 182 ff.
- Rechte auf Kompetenzen 594 f., 610 f., 652, 654
- Rechte auf Organisation und Verfahren 610 f., 652 ff.
 - aktuelle/potentielle Grundrechtsfälle 619 f.
 - als einschränkbare oder außentheoretische Rechte 615 ff.
 - bei der Glaubens- und Gewissensfreiheit 652 ff.
 - durch bindende Normen gewährt 613
 - Eingriff in 238, 587, 619, 621, 655
 - formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 621 f.
 - grundrechtliche Eingriffsermächtigung 621
 - materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 622
 - praktische Grenze des Tatbestandes 619 f.
 - Rechtsanwendung, grundrechtskonforme 657 ff.
 - Rechtsetzung, grundrechtskonforme 656 f.
 - als subjektive Rechte 613 ff.
 - Tatbestandstheorie, enge und weite 618 ff.
 - Unterscheidung von anderen Teilklassen grundrechtlicher Leistungsrechte 611 f.
 - verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen 620 ff.
 - Untermaßverbot 622, 656
- Rechte auf Organisation im engeren Sinne 610 f.
- Rechte auf Verfahren im engeren Sinne 610 f.
- Rechte-Operator 85
- Rechtsbegriff 86, 110, 180
- Rechtsförmigkeit der Belastung 446
- Rechtspositivismus *siehe* Rechtsbegriff
- »Rechtswerte mit Verfassungsrang« *insbesondere* 513 ff., 517 ff.
 - Ausnahmemechanismus als Ausgangspunkt 524
 - Bundesflagge 515
 - friedliche Nutzung der Kernenergie 518 f.
 - Haushaltskompetenz staatlicher Körperschaften 514, 517
 - Kompetenz- oder Zuständigkeitsvorschriften 514, 516, 518 ff., 522 f.
 - Krankenhausseelsorge 515
 - »materielle Verfassung« 518, 522
 - Menschenwürde 521
 - nationale Identität 518
 - Organisationsvorschriften 514
 - Schulhoheit 514, 517
 - Selbstverwaltungsgarantie gem. Art. 28 Abs. 2 GG 518
 - Sonn- und Feiertagsschutz 517
 - Sozialstaatsgebot 514, 523
 - Befugnis zur Staatsleitung 515
 - Tierschutz 515, 517, 521, 522 f., 528 f.
 - Umweltschutz 515, 517, 523 f.
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 527
 - »Wohl des Gemeinwesens« 518
- redaktionelle Zufälligkeit, These der 325 f., 331, 347, 360
- Reformation 18 ff., 74 ff.
- Regel
 - Abwägungsunfähigkeit von Regeln 199
 - definitives Sollen 198
 - als Festsetzung im Raum des rechtlich und tatsächlich Möglichen 198
 - strikte/nicht strikte 200

- Stützungsprinzipien nicht strikter Regeln 200
- Regelkollision 198
- Regeln und Prinzipien
 - rechtstheoretische Unterscheidung 195 ff.
 - kontradiktorische Unterscheidung 200
- Regel/Prinzipienkollision 199 f.
- Regelungsvorbehalt 482, 508
- Reichskonkordat 51, 646
- Reichsverfassung von 1871 39 f., 103
- religiöse Gemeinschaften und Individuum, Identifikation 402 ff.
- religiöser Verein, bloß 654 f.
- Religion *insbesondere* 388 ff.
 - Abgrenzung von Weltanschauung 411 ff.
 - Anspruch auf Exklusivität 438
 - als Teil der Kultur 410
 - als Urphänomen 393
 - als »Werkwert« im Radbruchschen Sinne 410
 - Transzendenz 412
 - *siehe auch* Religionsausübung
 - *siehe auch* Religionsbegriff
- Religionsausübung
 - Argumentations- oder Darlegungslasten 404 ff.
 - qualifiziert schädliche Handlungen 440 f.
 - Begrenzung auf das *forum externum* 436
 - Begrenzung auf jeweils typische Formen 425
 - Begrenzung auf Kulturvölker 421 ff.
 - Begrenzung auf traditionelle Formen 419 ff.
 - Begrenzung auf typisch christliche Formen 418 f.
 - Ermittlung der religiösen Motivation 402 ff.
 - »Flirty-Fishing« 440
 - Schutzbereichsexklusion durch »Grundrechtsverstärkung« 441 ff.
 - gem. Art. 136 Abs. 1 WRV 495 f.
 - politische Betätigung 435 f.
 - religionspezifische/-neutrale Handlungen 431 ff.
 - typische/nicht typische Handlungen 404 ff.
 - Vermutung für religiöse Motivation 404
 - wirtschaftliche Betätigung 434 f.
 - *siehe auch* Selbstverständnis, religiöses
- Religionsbegriff 388 ff.
 - »Ähnlichkeitsbetrachtung« zu klaren Fällen von Religion 392 f.
 - Aussagen zur Deutung der Welt 393 ff.
 - Begrenzung auf das Christentum 266
 - Erfordernis einer Gemeinschaft 427 f., 653
 - Konstitutivität von Gläubigen 409 f.
 - minimale Komplexität der Lehre 426
 - objektive Elemente 258 ff.
 - interne/externe Rationalität der Lehre 428 ff.
 - Selbstverständnis, Bedeutung des *insbesondere* 278 f., 390 f., 431, 434, 436, 597 f.
 - Synonym zu Glaube 360
 - subjektive Elemente 258, 399 ff.
 - Umfassendheit des Systems von Aussagen 395 ff.
 - Undefinierbarkeit, These der 389
 - *siehe auch* Selbstverständnis, religiöses
- Religionsbeschimpfung als Straftatbestand 625 f., 728 ff.
- Religionsgemeinschaften 593 ff., 654 f.
 - Begriff der Religionsgesellschaft 664 ff.
 - »bloß religiöser Verein« 654 f.
 - im Allgemeinen Preußischen Landrecht 653
 - in der Frankfurter Reichsverfassung 653
 - in der oktroyierten/revidierten preußischen Verfassung 653
 - Konzessionssystem 653
 - öffentlichrechtliche 659 ff.
 - privatrechtliche 654 ff.
 - »Vereinsverbot« religiöser Gemeinschaften 658 f.
 - *siehe auch* Kirchengaustritt
 - *siehe auch* Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften
- Religionslehrer 731 f.
- Religionsmündigkeit 364 ff.
- Religionsprivileg im Vereinsrecht 659
- Religionsstifter 427
- Religionsunterricht 176, 638, 648
- Religionsverfassungsrecht *siehe* Staatskirchenrecht
- RelKEG *siehe* Gesetz über die religiöse Kindererziehung
- repressives Verbot mit Ausnahmevorbehalt 244
- res sacrae 315 f.
- Revolution in Deutschland 1848/49 29 ff.
- Ritualmord 440
- Ruf des Muezzin 2, 420
- Rumpelkammer-Beschluß *siehe* Lumpensammler-Beschluß
- »Sabbat« der Siebenten-Tags-Adventisten 628
- Sankt Salvator-Beschluß 335
- Schächt-Urteil des BVerfG 441 ff.
- Schächt-Urteil des BVerwG im 112. Band 488
- Schächten 2, 402, 442 ff., 735
- Schöpfungsgeschichte 397, 429
- Schrankenklause *siehe* grundrechtliche Eingriffsermächtigung

- Schrankentheorie(n) *siehe* Außentheorie, Innentheorie
- Schrankenleihe *siehe* Schrankenübertragung
- Schrankentrias des Art. 2 Abs. 1 GG 484, 485
- Schrankenübertragung 483 ff., 508, 537 f. klassische Lehre 483 ff.
- Lehre nach Jörg Lücke 485 ff.
- Übertragung von Art. 136 Abs. 1 WRV 487 ff.
- Schrankenvorbehalt *siehe* grundrechtliche Eingriffsermächtigung
- »Schrankenwarr« 238, 529, 535
- Schulgebets-Beschluß 636
- Schutz durch Eingriff 623 f.
- Schutzbereich *insbesondere* 236 f.
- personeller 237
 - sachlicher 237
 - funktionaler 448
 - und Tatbestand 236
- Schutzbereichsbegrenzung aufgrund kollidierenden Verfassungsrechts 509 f.
- Schutzpflichten *siehe* Schutzrechte
- Schutzrechte, grundrechtliche *insbesondere* 607 f., 623 ff.
- Adressaten 623
 - aktuelle/potentielle Grundrechtsfälle 619 f.
 - als einschränkbare oder außentheoretische Rechte 615 ff.
 - als Grundrechts(teil)funktion der liberalen Tradition 608
 - als Korrelat zum Verbot der Selbsthilfe 608
 - Begriff des Schutzes 608
 - bei der Glaubens- und Gewissensfreiheit 623 ff.
 - durch bindende Normen gewährt 613
 - durch interpretativ zugeordnete Grundrechtsnormen gewährt 608
 - Eingriff 238, 587, 619, 621
 - formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 621 f.
 - »Gesetzesmediatisierung« 623
 - grundrechtliche Eingriffsermächtigung 621
 - materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 622
 - Naturgefahren 608
 - prozessuale Durchsetzung 630 ff.
 - Rechtsanwendung, schutzgrundrechtskonforme 628 ff.
 - Rechtssetzung, schutzgrundrechtskonforme 624 ff.
 - Schutzgut 608
 - praktische Grenze des Tatbestandes 619 f.
 - als subjektive Rechte 613 ff.
 - Tatbestandstheorie, enge und weite 618 ff.
- Unterscheidung von anderen Teilklassen grundrechtlicher Leistungsrechte 611 f.
 - verfassungsprozessuale Durchsetzung 630 ff.
 - verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen 620 ff.
 - Untermaßverbot 622, 633
 - Schweigerecht 300, 304, 438, 591 ff.
 - »Scientology Church« 423, 440, 629, 630, 647
 - Sechs-Mächte-Konferenz 1948 55
 - Seelsorge, amtliche/nichtamtliche *siehe* Anstaltsseelsorge
 - Sekten 423, 450, 458
 - Selbstbestimmungsrecht von Religionsgemeinschaften 36, 149, 175, 300, 302, 305 ff., 321, 445, 597 ff., 655, 660, 662, 669, 672, 675 f., 733
 - Abwägungslehre 604 ff.
 - als »lex regia« des Staatskirchenrechts 302, 597
 - Bedeutung des religiösen Selbstverständnisses *insbesondere* 597 f.
 - Bereichsscheidungslehre 601 f., 605
 - Gesetzesvorbehalt, einfacher 606
 - Heckelsche Formel 600 f.
 - Jedermann-Formel 602 f.
 - Schranken 599 ff.
 - Tatbestand 305 ff., 597 f.
 - und konfessionsgebundene Professur 733
- Selbstverständnis in der Grundrechtsanwendung *insbesondere* 251 ff.
- Selbstverständnis, religiöses *insbesondere* 278 f., 287 ff., 390, 597 f.
- Abgrenzung von Religion oder Weltanschauung 412
 - als Argument für Materialparität oder normative Gleichheit 281 f., 718 f.
 - als empirische Tatsache 180, 288
 - als innere Tatsache 282 f.
 - als Kriterium für Religionsausübung 431, 434, 436
 - in der Verhältnismäßigkeitsprüfung 253 ff., 287 ff., 546 f., 597 f.
 - und Gleichheit 275, 718 f., 730, 735
 - kollidierende Selbstverständnisse 275, 286, 290 f.
 - Schwierigkeit der Ermittlung 274, 282 f.
 - der Religionsgemeinschaften 253 ff., 597 f., 603 f., 656 f., 669
 - und Definitionsprobleme 390
 - und Gesetzesvorbehalt 545
 - und negative Freiheit 275, 291
 - und universitäre Theologie 733
- semantischer Normbegriff 181 f., 683
- Siebenerausschuß 29
- Siebzehnerausschuß 30

- Simultanschulen-Beschluß 636
 »Sinnverantwortungstheorie« 644 f.
 Skalierung 207 ff.
 – dyadische 209
 – infinitesimale oder limitierte 208, 213
 – triadische 209
 solipsistische Konzeption 428
 Sollen, rechtliches 198
 – definitives 198
 – prima facie- 198
 Sonderfallthese 206
 Sonderrechtslehre 239, 496 ff., 502, 536, 605
 Sonn- und Feiertagsschutz 177, 318, 445, 517, 639
 soziale Grundrechte 609 f., 634 ff.
 – aktuelle/potentielle Grundrechtsfälle 619 f.
 – als einschränkbare oder außentheoretische Rechte 615 ff.
 – als subjektive Rechte 613 ff.
 – Begriff 609, 638
 – bei John Rawls 133
 – Beschränkung, regelmäßige vollständige 637 f., 684
 – bei der Glaubens- und Gewissensfreiheit 634 ff.
 – durch bindende Normen gewährt 613
 – durch interpretativ zugeordnete Grundrechtsnormen gewährt 609
 – Eingriff in 238, 587, 619, 621
 – faktische Freiheit 609
 – formelle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 621 f.
 – grundrechtliche Eingriffsermächtigung 621
 – materielle Kriterien der Rechtfertigung von Eingriffen 622
 – praktische Grenze des Tatbestandes 619 f.
 – Tatbestandstheorie, enge und weite 618 ff.
 – Unterscheidung von anderen Teilklassen grundrechtlicher Leistungsrechte 611 f.
 – Untermaßverbot 622, 646
 – von einzelnen 634 ff.
 – von Religionsgemeinschaften 638 ff.
 – Vorbehalt des Möglichen 637
 Sozialstaatsgebot 645, 682
 Spezialität 322 ff., 484
 Spielraum *insbesondere* 211 ff.
 – Abwägungsspielraum 213
 – bei grundrechtlichen Leistungsrechten 619 f.
 – empirischer Erkenntnispielraum 213 ff., 632, 690, 702
 – epistemischer 213 ff., 633 f., 646
 – »margin of appreciation« 155, 158
 – Mittelwahlspielraum 212, 634
 – normativer Erkenntnispielraum 215, 690, 702
 – struktureller 211 ff.
 – Zwecksetzungsspielraum 212, 541
 St. Marien-Beschluß 604
 St. Salvator-Beschluß 646
 Staatskirche, Garantie der christlichen 39
 Staatskirche, Verbot der *siehe* Trennung von Staat und Kirche
 Staatskirchenartikel *insbesondere* 294 ff.
 – als Formelkompromiß 343 f.
 – als objektives Verfassungsrecht 299 ff.
 – als »Übergangs- und Schlußbestimmungen« 345 ff.
 – als vollständiges Verfassungsrecht 299, 341 f.
 – Begriff 294
 – Degradierungsthese 347 ff.
 – Inkorporation per Verweisung 341 f., 344 f.
 – provisorischer Charakter 342 ff.
 Staatskirchenrecht *insbesondere* 294 ff.
 – Bewahrung des 347
 – Definition 300 f.
 – der Bundesländer 175 ff.
 – der Europäischen Union 165 f.
 staatskirchenrechtliche Rechte 294 ff., 487, 513, 737
 – grundrechtlicher Charakter 322 ff.
 – inzidente Durchsetzung 329 ff.
 – selbständige Durchsetzung 332 ff.
 – Spezialität gegenüber Grundrechten 322 ff.
 – staatskirchenrechtliche Abwehrrechte 590 ff.
 – staatskirchenrechtliche Gleichheitsrechte 725
 Staatsleistungen an Religionsgemeinschaften 640 ff.
 Staatsleistungen, Gebot der Ablösung 48, 639, 642
 Standpunkt *insbesondere* 262 ff.
 – objektiver 263 ff., 277 ff.
 – subjektiver 262 f., 277, 186
 – formelle Dimension des objektiven 264, 278, 286 f.
 – materielle Dimension des objektiven 264 ff., 278 f.
 – interne/externe Dimension des objektiven 263
 status activus 242
 status libertatis 243
 status negativus 242, 243
 status positivus 242
 Steuerverweigerung aus Gewissensgründen 514
 Stoa 9, 472

- Stufenbau der Rechtsordnung, Lehre vom 103
- subjektives Recht *insbesondere* 222 ff.
- Abwehrrecht 227
 - als rechtliche Position 225
 - Begründung aus Prinzipiennatur 226 f., 614
 - dreistufiges Modell 222 ff.
 - gerichtliche Durchsetzbarkeit 225 f.
 - Gleichheitsrechte 227, 679 f.
 - grundrechtliche Leistungsrechte 613 ff.
 - intrinsische/extrinsische Gründe 223 ff.
 - öffentlichrechtliches subjektives Recht von Verfassungsrang, das kein Grundrecht ist 328 f.
- Subjektivismus *siehe* Grundrechtssubjektivismus
- Subsumtion und Abwägung 201 f.
- Superrevisionsgericht, Bundesverfassungsgericht kein 337, 632
- supranationale Grundrechte 87, 97 f.
- »Syllabus complectens praecipuos nostrae aetatis errores« 79
- Symbol *insbesondere* 471 ff.
- Bedeutung als empirische Tatsache 472, 474, 478
 - Begriff 471 ff.
 - Bewertung als evaluativer Akt 478
 - Deutung, grundrechtsdogmatische 473 ff., *insbesondere* 479 ff.
 - Deutung als empirisch-epistemischer Akt 478
 - Konfrontation mit Symbol als Eingriff 461 ff.
 - Rahmen möglicher Deutungen 479 f.
 - Selbstverständnis des Adressaten 477
 - Staat als Verwender 476 f.
 - Untersagung der Verwendung 477
 - »verfassungskonforme Deutung« 476 f.
- Tabak-Fall 253
- Tatbestand *siehe* Grundrechtstatbestand
- Tatbestandstheorie, enge oder weite *insbesondere* 236 f., 381 ff.
- Abwehrrechte 236 f., 381 ff.
 - Gleichheitsrechte 237
 - grundrechtliche Leistungsrechte 237, 618 ff.
 - und Gebot der weiten Fassung grundrechtlicher Eingriffsermächtigungen 539
- Taufe 260 f., 670 ff.
- Teilhaberechte *siehe* Leistungsrechte
- theologische Fakultäten 177, 646 f.
- Tierschutz 515, 517, 521, 522 f., 528 f.
- Toleranzedikt vom 30. März 1847 37
- Totalverweigerung 560
- Trabantengrundrechte 106
- Transitivität der Spezialitätsrelation 331
- Transformation von Menschenrechten zu Grundrechten *insbesondere* 95 ff.
- als Hinzufügung eines rechtlichen Geltungsgrundes 95
 - moralisches Gebot der 96
 - schwacher objektiver Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Grundrechten 94
 - starker objektiver Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Grundrechten 92 f.
 - subjektiver Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Grundrechten 93 f.
- Transsexuellen-Beschluß 689 ff.
- »Transzendente Meditation« 423
- »Transzendente Meditation«-Kammerbeschluß 452 f.
- »Transzendente Meditation«-Urteil 450
- Transzendenz 412, 417
- Trennung von Staat und Kirche 36, 39, 43, 47 f., 268, 464, 641 f., 660, 728
- Überlagerungsthese 295 f., 341
- Übermaßverbot 241, *siehe auch* Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne
- Umweltschutz 515
- Ungleichbehandlung *siehe* Gleichbehandlung
- Ungleichbehandlungsgebot 685 f.
- Umformulierbarkeit in Gleichbehandlungsgebot 685
 - Verortung in der Verfassung 685 f.
- Universalienstreit 259
- Unmittelbarkeit 446
- Unredlichkeitsargument 382, 619
- Untermaßverbot 241, 620, 622, 628, 633, 646, 656, *siehe auch* Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne
- Urgrundrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit als 8, 64 ff., 736
- historische Deutung 65 f.
 - substantielle Deutung 67 ff.
- Vaticanium II 81
- »venire contra factum proprium« 407 f., 570 ff.
- Verbindungsthese, schwache 86
- Vereinigungsfreiheit, allgemeine 507, 519, 575, 655, 656, 659, 666 f.
- Vereinigungsfreiheit, religiöse 194, 296, 304 f., 424, 445, 593 ff., 611, 653 ff., 656
- Kompetenz zur Vereinigung 593 ff., 654, 664 ff.
 - Konzessionssystem 653
 - negative 596 f.
 - »Vereinsverbot« religiöser Gemeinschaften

- *siehe auch* Religionsgemeinschaften
- »Vereinigungskirche« des San Myung Mun 423
- Vereinsfreiheit 519
- Vereinsrecht 657 ff.
- Vereinsverbot 658 f.
- Verfahren *siehe* Organisation und Verfahren, Rechte auf
- Verfahrensdimension der Grundrechte 586 f.
- Verfahrensvorbehalt 231, 584 ff.
- Verfassungsbeschwerde 35 f., 46, 92, 323 f., 614 f., 631 f.
 - Begründetheitsvoraussetzungen 322, 332 ff.
 - Elfes-Konstruktion der Grundrechtsprüfung 329 f., 333 f.
 - Durchsetzung der staatskirchenrechtlichen Rechte im Wege der 322 ff.
 - objektive Funktion 338 f.
 - Rechtsprechung des Zweiten Senats des BVerfG zur Begründetheitsprüfung bei v.a. staatskirchenrechtlichen Rechten 334 ff.
 - »Superrevisionsgericht«, BVerfG kein 337, 632
 - Vorprüfungsverfahren 383
- Verfassungsgericht, drohende Überlastung des 383
- Verfassungskonvent Herrenchiemsee *siehe* Herrenchiemseer Verfassungskonvent verfassungsmäßige Ordnung 666 f.
- Verfassungsrang 1. und 2. Grades 510, 519, 541
- verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs *insbesondere* 238 ff.
- Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne 179, 214, 527, 531, 534, 546 f., 606, 617, 622, 633, 646, 656, 688, 693 f., 696 f., 699, 711
 - als zentrales materielles Kriterium der Grundrechtsbindung 241, 546
 - »Austauschmittel« 169, 546 f., 560
 - Begründung aus der Verfassung 199
 - legitimes Ziel 527, 606
 - Teilgrundsatz der Erforderlichkeit 179, 205 f., 285, 546, 693, 699
 - Teilgrundsatz der Geeignetheit 179, 205, 546, 606, 693, 699
 - Teilgrundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne 206, 527, 542, 546, 606, 693, 699
 - und Prinzipiennatur von Verfassungsnormen 199
 - und Selbstverständnis des Grundrechtsträgers *insbesondere* 253 ff., 287 ff., 546 f., 597 f.
 - und Weimarer Reichsverfassung 498
 - und Wesensgehalt 241, 531 f., 547, 622
 - in Form des Untermaßverbots 622, 633, 646, 656
- Verpflichtung
 - nichtrelationale 183
 - relationale 183
- Versammlungsfreiheit 204, 482, 507, 587
- Verteilungsprinzip, rechtstaatliches 69
- Vertragsfreiheit 194, 595
- Vertretbarkeitskontrolle 632
- Virginia Bill of Rights 13, 65 f.
- voll intensivierte Kontrolle 632
- Vorbehalt des Gesetzes 447 f., 454 f., 531, *siehe auch* Gesetzesvorbehalt vorbehaltlose Grundrechte vorbehaltlose Grundrechte: Formel des BVerfG *insbesondere* 505 ff.
 - als Gesetzesvorbehalt 510 f.
 - als Schutzbereichsbegrenzung 509 f.
 - Anwendung bei Grundrechten mit geschriebenen Vorbehalten 511 ff.
 - enge und weite Deutung 516 ff.
 - Nivellierung mit geschriebenen Vorbehalten, Befürchtung der 509, 521, 524, 526, 530, 540
 - Praxis der Anwendung durch das BVerfG selbst 513 ff.
 - Praxis der Anwendung durch die Fachgerichte 517
- Vormärz 25 ff.
- Vorparlament von 1848 29
- Vorrangregeln 198
- Warnungen, staatliche 449 ff.
- Wehrgerechtigkeit 647
- Wehrpflicht 574
- Weimarer Reichsverfassung *insbesondere* 40 ff., 487 ff., 599, 727
- Weltanschauung 388 ff., 396
 - Abgrenzung von Religion 411 ff.
 - Areligiosität 411 f.
 - Immanenz versus Transzendenz 412
 - *siehe auch* Religion
- Weltanschauungsfreiheit 356 f.
- »Weltenei«, Verfassung als juristisches 211
- Wesentlichkeitstheorie 240, 451, 511, 591, 621
- Wesensgehaltsgarantie 241, 531 f., 547, 622
- Westfälischer Friede 20 ff., 726
- Willenstheorie 223
- wirtschaftliche Betätigung 434 f., 598
- Wirtschaftsfreiheit 252, 482, 506
- Witwenverbrennung 420, 424, 440
- Wöllnersches Religionsedikt 23 f.
- Zeugen Jehovas 335, 647
- Zeugen Jehovas-Urteil 335
- Ziele *insbesondere* 519, 541
 - negativ absolute 519, 541
 - positiv absolute 519, 541

– relative 519, 541, 701
Zitiergebot 240, 511, 542 ff., 590, 622
Zivildienst *siehe* Ersatzdienst

Zuständigkeit 455 f.
Zwei-Schwerter-Lehre 271 f.

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Appel, Ivo*: Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge. 2005. *Band 125*.
- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Baumeister, Peter*: Der Beseitigungsanspruch als Fehlerfolge des rechtswidrigen Verwaltungsakts. 2006. *Band 142*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Florian*: Kooperative und konsensuale Strukturen in der Normsetzung. 2005. *Band 129*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Biehler, Gernot*: Auswärtige Gewalt. 2005. *Band 128*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Böse, Martin*: Wirtschaftsaufsicht und Strafverfolgung. 2005. *Band 127*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Borowski, Martin*: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes. 2005. *Band 144*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Bröhmer, Jürgen*: Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106*.
- Brüning, Christoph*: Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Bultmann, Peter Friedrich*: Beihilfenrecht und Vergaberecht. 2004. *Band 109*.
- Bumke, Christian*: Relative Rechtswidrigkeit. 2004. *Band 117*.
- Butzer, Hermann*: Fremdlasten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Calliess, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Coelln, Christian von*: Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt. 2005. *Band 138*.
- Cornils, Matthias*: Die Ausgestaltung der Grundrechte. 2005. *Band 126*.
- Cremer, Wolfram*: Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Dederer, Hans-Georg*: Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.

- Dörr, Oliver:* Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96.*
- Durner, Wolfgang:* Konflikte räumlicher Planungen. 2005. *Band 119.*
- Enders, Christoph:* Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker:* Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Fehling, Michael:* Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79.*
- Felix, Dagmar:* Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Fisahn, Andreas:* Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84.*
- Franz, Thorsten:* Gewinnerzielung durch kommunale Daseinsvorsorge. 2005. *Band 123.*
- Frenz, Walter:* Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75.*
- Gaitanides, Charlotte:* Das Recht der Europäischen Zentralbank. 2005. *Band 132.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Grigoleit, Klaus Joachim:* Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108.*
- Gröpl, Christoph:* Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Grzeszick, Bernd:* Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92.*
- Guckelberger, Annette:* Die Verjährung im Öffentlichen Recht. 2004. *Band 111.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Haltern, Ulrich:* Europarecht und das Politische. 2005. *Band 136.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Heitsch, Christian:* Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Hohmann, Harald:* Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89.*
- Holznagel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Hufeld, Ulrich:* Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102.*
- Huster, Stefan:* Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Jochum, Heike:* Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsprozeßrecht. 2004. *Band 116.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kämmerer, Jörn Axel:* Privatisierung. 2001. *Band 73.*
- Kahl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Kaufmann, Marcel:* Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91.*

- Kersten, Jens*: Das Klonen von Menschen. 2004. *Band 115*.
- Khan, Daniel-Erasmus*: Die deutschen Staatsgrenzen. 2004. *Band 114*.
- Kingreen, Thorsten*: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97*.
- Kischel, Uwe*: Die Begründung. 2002. *Band 94*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kube, Hanno*: Finanzgewalt in der Kompetenzordnung. 2004. *Band 110*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lebner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lenze, Anne*: Staatsbürgerversicherung und Verfassung. 2005. *Band 133*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lindner, Josef Franz*: Theorie der Grundrechtsdogmatik. 2005. *Band 120*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Mager, Ute*: Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99*.
- Mann, Thomas*: Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Möllers, Christoph*: Gewaltengliederung. 2005. *Band 141*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Müller-Franken, Sebastian*: Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105*.
- Musil, Andreas*: Wettbewerb in der staatlichen Verwaltung. 2005. *Band 134*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Odendahl, Kerstin*: Kulturgüterschutz. 2005. *Band 140*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Ohler, Christoph*: Die Kollisionsordnung des Allgemeinen Verwaltungsrechts. 2005. *Band 131*.
- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Poscher, Ralf*: Grundrechte als Abwehrrechte. 2003. *Band 98*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Remmert, Barbara*: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
- Rixen, Stephan*: Sozialrecht als öffentliches Wirtschaftsrecht. 2005. *Band 130*.

- Rodi, Michael:* Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52.*
- Rossen, Helge:* Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39.*
- Rozek, Jochen:* Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998.
Band 31.
- Ruffert, Matthias:* Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001.
Band 74.
- Sacksofsky, Ute:* Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53.*
- Šarčević, Edin:* Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55.*
- Schlette, Volker:* Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51.*
- Schliesky, Utz:* Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. 2004. *Band 112.*
- Schmehl, Arndt:* Das Äquivalenzprinzip im Recht der Staatsfinanzierung. 2004.
Band 113.
- Schmidt, Thorsten I.:* Kommunale Kooperation. 2005. *Band 137.*
- Schmidt-De Caluwe, Reimund:* Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999.
Band 38.
- Schönberger, Christoph:* Unionsbürger. 2006. *Band 145.*
- Schroeder, Werner:* Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86.*
- Schulte, Martin:* Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12.*
- Schwartmann, Rolf:* Private im Wirtschaftsvölkerrecht. 2005. *Band 122.*
- Sobota, Katharina:* Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22.*
- Sodan, Helge:* Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20.*
- Sommermann, Karl-Peter:* Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25.*
- Stoll, Peter-Tobias:* Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101.*
- Storr, Stefan:* Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78.*
- Sydow, Gernot:* Verwaltungskooperation in der Europäischen Union. 2004. *Band 118.*
- Trute, Hans-Heinrich:* Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10.*
- Uerpmann, Robert:* Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47.*
- Uhle, Arnd:* Freiheitlicher Verfassungsstaat und kulturelle Identität. 2004. *Band 121.*
- Unruh, Peter:* Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82.*
- Volkmann, Uwe:* Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35.*
- Vofskuhle, Andreas:* Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41.*
- Wall, Heinrich de:* Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46.*
- Weiß, Wolfgang:* Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88.*
- Welti, Felix:* Behinderung und Rehabilitation im sozialen Rechtsstaat. 2005. *Band 139.*
- Wernsmann, Rainer:* Verhaltenslenkung in einem rationalen Steuersystem. 2005.
Band 135.
- Wittreck, Fabian:* Die Verwaltung der Dritten Gewalt. 2006. *Band 143.*
- Wolff, Heinrich Amadeus:* Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44.*
- Ziekow, Jan:* Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21.*